

Protokoll der 6. Sitzung

**Mittwoch, 21. Oktober 2015, 19.00 - 23.00 Uhr,
im Gemeindesaal**

Vorsitz

Urs Zbinden, Präsident

Protokollführerin

Sonja Büchli, Vize-Gemeindeschreiberin

Stimmzähler

Michel Huggler
Heidi Niedermann

Präsenz

Es sind 39 Ratsmitglieder anwesend.

Entschuldigt ist Ineke Irniger.

Traktandenliste

1. Ersatz Kanalisation "Suhrenmatte - Lochmattweg". Kreditbegehren
2. Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019
3. Budget 2016
4. Einbürgerungen

5. Postulat der EVP Buchs "Integration der Gemeindebibliothek in die Überbauung des Bärenplatzes" (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)
6. Beantwortung der Anfrage von Silvan Kaufmann, SP Buchs, betreffend Spittel durch Gemeindevorstand Urs Affolter
7. Eingänge
8. Verschiedenes

Herr Präsident Urs Zbinden schlägt eine Änderung der Traktandenliste vor, da heute die Möglichkeit besteht, dass die Sitzung wegen der Steuerfussdebatte länger dauern wird. Er schlägt vor, dass das Traktandum 4 "Einbürgerungen" vorgezogen und an erster Stelle behandelt wird, damit die Einbürgerungswilligen mit ihren Kindern danach nach Hause können.

Abstimmung (Ordnungsantrag)

Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Einbürgerungen

Der Inhalt dieses Traktandums wird aus Gründen des Datenschutzes nicht publiziert.

Ersatz Kanalisation "Suhrenmatte - Lochmattweg". Kreditbegehren

(Botschaft des Gemeinderats vom 1. September 2015)

Herr Werner Schenker, Mitglied der FGPK (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Ein Teilabschnitt der Kanalisation in der Suhrenmatte soll und muss ersetzt werden. Dies nicht etwa, weil die Rohre schadhaft wären, sondern weil ein ursprünglich genügend gross dimensionierter Durchmesser des Rohrs das Wasser der zusätzlich angeschlossenen Gebäude nicht mehr kontinuierlich abführen kann. Ganz einfach gesagt, ist das ursprüngliche Rohr mit 80 bis 90 cm zu klein. Das führt zu einem Rückstau.

Die Kanalisation schluckt aber nicht nur Abwasser aus den Häusern, sondern auch das Regenwasser aus den Abwasserschächten der Strassen. Kommt es, wie im Juli 2014 zweimal geschehen, zu starken Regenfällen, staut sich das Kanalisationswasser massiv zurück und überflutet die Keller. Das Wasser ist dann allerdings nicht mehr blau... (das weiss ich aus eigener Erfahrung) und der Schaden gross. Hier soll mit einem Ersatz Abhilfe geschaffen werden. Die Kanalisation soll ersetzt und der Durchmesser auf 120 bis 140 cm, je nach Abschnitt vergrössert werden. Dieses Rohr kann dann auch grosse Regenmengen schlucken.

Allerdings führt die bestehende Leitung unter der Leichtathletikanlage Suhrenmatte hindurch. In diesem Bereich sind Grabarbeiten sehr aufwändig und nicht sinnvoll. Die neue Leitung soll um die Anlage herumgeführt werden. Dabei tangiert sie eine geschützte Hecke. Dafür sind zusätzliche Kosten bei der Wiederherstellung budgetiert. Die bestehende Leitung unter dem Sportplatz bleibt für die geringen Abwassermengen der Sporthalle und des Platzes bestehen.

Dieses Kreditbegehren finanziert die erste Etappe in der Investitionsplanung Abwasserbeseitigung. Es gibt später noch weiter zurückliegende Abschnitte, die angepasst werden müssen. Über diese reden wir heute aber nicht. Es geht in der heutigen, zu bewilligenden Etappe um eine Summe in der Höhe von total Fr. 1'273'000.--.

Kostenvoranschlag:

Die Investitionskosten stützen sich auf Vorausmasse und Erfahrungswerten von vergleichbaren Bauten in der Region ab. Die Preise entsprechen einer Preisbasis vom 2. Quartal 2015 mit einer Genauigkeit von $\pm 20\%$.

Erwerb von Grund und Recht, Entschädigungen, Neuansaat	Fr.	10'000.--
Baustelleneinrichtungen	Fr.	70'000.--
Arbeiten an geschützter Hecke	Fr.	50'000.--
Kanalisation	Fr.	855'000.--
Unvorhergesehenes	Fr.	136'000.--
Technische Arbeiten, Bewilligungen, Versicherungen, Ingenieurarbeiten	Fr.	<u>152'000.--</u>
Total (exkl. MwSt.)	Fr.	<u>1'273'000.--</u>

Mehrwertsteuer muss hier nicht verrechnet werden: Die Abwasserbeseitigung wird als Eigenwirtschaftsbetrieb der Gemeinde geführt. Investitionen der Eigenwirtschaftsbetriebe sind bezüglich Mehrwertsteuer vorsteuerabzugsberechtigt.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden) für die Vergrößerung der Kanalisationsleitung Suhrenmatte - Lochmattweg sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'273'000.--, exkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 2. Quartal 2015), zulasten der Investitionsrechnung, Konto 7201.5030.10, zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Diskussion

Herr Hans Hartmann: Ich habe eine Frage zum Punkt "Arbeiten an geschützter Hecke". Zuerst habe ich mir gedacht, man habe sich um eine Zehnerpotenz geirrt, aber jetzt nach der Präsentation des Antrags kann dies nicht mehr sein. Was ist mit diesen Arbeiten gemeint? Kleidet man die Hecke ein? Wie kommen diese Fr. 50'000.-- zustande?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Das Projekt befindet sich am Rand, wo man niedere Sträucher oder gar keine Hecke hat. Dort, über dieses Landstück wird die Kanalisationsleitung reingelegt. Die Hecke, wie sie jetzt ist, ist nicht eine allzu grosse Sache, aber man muss dort doch etwas reinton und dann wieder aufforsten. Dies muss die Fr. 50'000.-- nicht erreichen, aber dies ist als mögliche Investition gedacht. Es wird aber nur so viel gebraucht wie nötig.

Frau Sonja Fülleman: Ich habe mir notiert, dass die alte Leitung aus dem Jahre 1977 stammt und es steht in der Botschaft, dass die alte Leitung für geringe Abwassermengen der Leichtathletikanlage und der Sporthalle weiter gebraucht wird. Steht dort auch noch eine Sanierung an wegen diesen bald 40 jährigen Leitungen? Wenn diese kaputt gehen, was passiert dann? Leitet man das Wasser dann um?

Herr Gemeinderat Walter Wyler: Diese Kanalisationsleitung wird weiter gebraucht und man wird sie weiterhin prüfen, wie jede andere Kanalisationsleitung. Möglicherweise muss man sie auch mal innen sanieren. Es ist nur ein kurzes Teilstück und leitet nur Oberflächenwasser der Anlage selber ab.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Abstimmung

Dem Einwohnerrat wird beantragt:

Für die Vergrößerung der Kanalisationsleitung Suhrenmatte - Lochmattweg sei ein Verpflichtungskredit von Fr. 1'273'000.--, exkl. Mehrwertsteuer (Kostenstand 2. Quartal 2015), zulasten der Investitionsrechnung, Konto 7201.5030.10, zu bewilligen. Der Kredit verändert sich um die indexbedingten Mehr- oder Minderkosten aufgrund von eventuellen Teuerungen.

Dem Antrag wird einstimmig mit 38 : 0 Stimmen zugestimmt.

Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019

(Botschaft des Gemeinderats vom 1. September 2015)

Frau Sonja Füllemann, Präsidentin FGPK (erläutert die Vorlage mit einer Präsentation): Ich gehe hier nicht gross auf die Zahlen ein, weil diese alle im Aufgaben- und Finanzplan ersichtlich sind.

Vorbemerkungen

Der Aufgaben- und Finanzplan ist rechtlich nicht verbindlich, er dient dem Gemeinderat als Planungsinstrument und wesentliche Entscheidungshilfe für neue Investitionen. Der Einwohnerrat kann davon lediglich Kenntnis nehmen.

Ich weise darauf hin, dass ein Finanzplan eine "rollende Planung" ist, welche sich dauernd ändert. Der heutige Finanzplan kann morgen bereits nicht mehr auf dem aktuellsten Stand sein. Die FGPK hat sich kritisch mit dem Aufgaben- und Finanzplan auseinandergesetzt und ich möchte nachfolgend einige Fakten und Diskussionspunkte erläutern.

Planungsgrundlagen für die Jahre 2016 - 2019

Die Planung stark beeinflusst haben grössere, bevorstehende Investitionen zum Beispiel nach wie vor bei den Schulanlagen der Kreisschule Buchs-Rohr, der Bau der Verbindungsspanne Buchs-Nord sowie unzählige Sanierungen u. a. Lärmsanierungen bei Kantons- und Gemeindestrassen.

Hinsichtlich der beantragten Steuerfusserhöhung um 5 % auf 102 % durch den Gemeinderat wurde der Finanzplan 2015 - 2018, welcher uns vor einem Jahr vorgelegt wurde, aufgrund der Zahlen 2014 überarbeitet.

Die Prognosen zum realen wie auch nominalen Wachstum des Bruttoinlandprodukts BIP für die Jahre 2015 und 2016 wurden nach der Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Nationalbank im Januar massiv nach unten korrigiert.

(Schwarz Finanzplan Vorjahr 2015 - 2018, rot Finanzplan neu 2016 - 2019)

Veränderung zu Vorjahr	2014	2015	2016	ab 2017
Wachstum BIP nominal	2.9 % / 1.5 %	3.6 % / 1 %	3.0 % / 2.0 %	2.8 %
Wachstum BIP real (ohne Teuerung)	2.3 % / 1.3 %	2.5 % / 1.0 %	2.0 % / 1.5 %	2.0 %
Bevölkerungswachstum	1.4 % / 1.4 %	1.3 % / 1.3 %	1.4 % / 1.4 %	1.3 %

Ebenfalls, und zwar ebenfalls negativ, beeinflusst haben die Planung auch die mutmasslichen Steuererträge.

Bei den natürlichen Personen rechnet der Gemeinderat, unter Berücksichtigung der Prognosen des Kantonalen Steueramts, für die kommenden Jahre bei einem Steuerfuss von 102 %:

(Schwarz Finanzplan Vorjahr, rot Finanzplan neu)

Veränderung zu Vorjahr

Rechnungsjahre	2016	2017	2018	2019
Wachstum Steuereinnahmen	2.5 % / 1.0 %	3.0 % / 1.5 %	3.0 % / 2.5 %	3.0 %
Buchser Zahlen in Mio. Fr.	15.3 / 15.8	15.7 / 16.0	16.2 / 16.4	16.9

Bei den juristischen Personen rechnet der Gemeinderat für:

Veränderung zu Vorjahr

Rechnungsjahre	2016	2017	2018	2019
Wachstum Steuereinnahmen	0.0 % / -7.0 %	+2.0 % / -2.0 %	+2.0 % / +2.0 %	+5.0 %
Buchser Zahlen in Mio. Fr.	3.8 / 3.3	3.9 / 3.2	4.0 / 3.3	3.5

Investitionen

(Gegenüberstellung Finanzplan 2015 - 2018 schwarz, Finanzplan 2016 - 2019 rot)

Für die Jahre 2016 - 2019 wird mit folgenden Investitionen gerechnet:

- Verwaltungsvermögen (ohne Eigenwirtschaftsbetriebe) Fr. 19'294'000.-- / Fr. 20'542'000.--
- Finanzvermögen Fr. 1'000'000.-- / Fr. 1'500'000.--
- Wasserwerk Fr. 4'190'000.-- / Fr. 6'090'000.--
- Abwasserbeseitigung Fr. 3'793'000.-- / Fr. 5'647'000.--
- Abfallbewirtschaftung Fr. 190'000.-- / ---

Im Investitionsplan 2016 - 2019 sind die Investitionen mit einem Realisierungsgrad gewichtet:

- Im Bau befindliche Projekte, Restkosten, Subventionen 100 %
- Beschlossene Investitionen 90 %
- Geplante Investitionen 70 %

Ergebnis

Im Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019 haben die gewichteten Investitionsquoten gegenüber dem Aufgaben- und Finanzplan 2015 - 2018 um rund Fr. 1'248'000.-- zugenommen. Sollten die Investitionen tatsächlich so anfallen wie im Finanzplan vorgesehen, würden die externen Schulden der Gemeinde Buchs in der Finanzplanperiode voraussichtlich von 7 auf 33.7 Mio. Franken ansteigen.

Auffallend beim Ergebnis der Einwohnergemeinde (ohne Werke) ist nach wie vor der schlechte Selbstfinanzierungsgrad von 19 % per 2019.

Demgegenüber steht allerdings der sehr hohe Eigenkapitaldeckungsgrad von 241 % per 2019. Das Gemeindeinspektorat schreibt, dass ein Eigenkapitaldeckungsgrad von über 100 % auf einen hohen Reservebestand hinweist. Aufsichtsrechtlich muss dieser mindestens 30 % betragen.

Folgerung

Der Gemeinderat hebt die enormen Investitionen und den damit verbundenen Anstieg der Schulden hervor. Der FGPK ist bewusst, dass der Investitionsbedarf der Gemeinde Buchs in den kommenden Jahren sehr hoch sein wird und dies zu einer angespannteren Finanzlage führen wird.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat einstimmig (bei 9 Anwesenden), vom Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019 sei Kenntnis zu nehmen.

Diskussion

Herr Andreas Burgherr: Ich danke dir Sonja für deine Ausführungen und dem Gemeinderat. Als ich diese Zahlen studiert habe, auch im Hinblick auf das nächste Traktandum des Budgets, musste ich sagen, dass es hier nicht wirklich gut aussieht. Wir vervierfachen unsere Schuld in den nächsten 4 - 5 Jahren. Wir haben einen Aufgaben- und Finanzplan, der auf einer Steuerfusserhöhung von 5 % basiert. Wenn wir dies umrechnen, dann bedeutet dies Mehreinnahmen, so dass wir jedes Jahr Fr. 500'000.-- mehr zur Verfügung hätten. Wenn wir nun die Verschuldung ansehen, dann stellen wir fest, dass nach 2 Jahren die Mehreinnahmen durch die Schulden schon wieder aufgefressen sind. Wenn man dies gegenüberstellt und danach diskutieren will, ob man da und dort ein par tausend Franken aus dem Budget streicht, dann sehe ich nicht, wohin dies überhaupt führt. Dies sind Vorausführungen zu einem Postulat, dass ich unter "Verschiedenes" einreichen möchte. Was eigentlich fehlt, ist ein Führungsinstrument, das zeigt, wie weit die Schere auseinandergeht. Was ist nötig, um ein ausgeglichenes Budget zu erreichen. Der Finanzplan sagt mir, die Schere geht immer weiter auseinander und es bleibt uns nichts anders übrig, als Investitionen so weit wie möglich vor uns hinzuschieben und irgendwann holt uns dies ein. Damit wir mehr aus einer Strategie als aus dem Bauchgefühl entscheiden müssten, welche Investitionen wirklich nötig sind und welche nicht, wäre ein anderes Steuerungsinstrument doch sehr wünschenswert.

Herr Urs Füllemann: Mich würde vom Gemeinderat etwas zu den juristischen Personen interessieren. Ich weiss es ist schwierig, die Steuereinnahmen Jahr für Jahr zu schätzen. Ich sehe im 2016 eine Einkommenschmälerung von durchschnittlich 7 %. Die Konjunktur ist noch nicht in einer Rezession. Wie ist der Gemeinderat auf diese 7 % gekommen? Buchs verliert gute Steuerzahler, z. B. Oelpol. Vielleicht gibt es noch weitere? Was gedenkt der Gemeinderat zu tun um juristischen Personen anzulocken? Hat er dazu eine Strategie?

Herr Gemeinderat Tony Süess: Die Steuereinnahmen der juristischen Personen werden vom Kanton vorgegeben. Wir haben keine andere Angabe als diese. Firmen sind weggezogen, dies ist richtig. Auch die Lonstroff ist weg. Von weiteren Weggängen haben wir keine Kenntnisse. Aktives Marketing, darauf schauen wir natürlich, aber wir können nicht viel unternehmen. Da sind wir auf den Kanton und deren Standortförderung angewiesen. Es ist vor allem Sache der Standortförderung, Firmen in den Grossraum Aarau zu bekommen. Aber ob diese dann nach Buchs kommen, darauf haben wir keinen grossen Einfluss.

Herr Ueli Kohler: Was hat der Steuerfuss bei den juristischen Personen für einen Einfluss?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich bitte Nicola De Vita zu antworten.

Herr Nicola De Vita, Leiter Steuern: Bei den juristischer Personen hat die Steuerfusserhöhung der Gemeinde Buchs keinen Einfluss, diese betrifft nur die natürlichen Personen.

Herr Ueli Kohler: Anschlussfrage. Wenn man Standortgemeinden eines AKWs betrachtet, dann haben diese Gemeinden durch dieses bestimmte Unternehmen sehr wohl positive Effekte auf den Steuerfuss gegenüber anderen Gemeinden. Ich weiss dies von Schwaderloch, wo es massiv Geld in die Kasse spült oder eben nicht.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Dies ist Steuerwettbewerb in der Schweiz. In Kaiseraugst investiert die Roche 500 Mio. Franken, und die Gemeinde geht mit dem Steuerfuss auf 84 % runter. Alle ringsum haben vielleicht Lasten und müssen mit den Auswirkungen leben. Bei den Atomkraftwerken weiss ich, dass es gewisse Abkommen, sogenannte Gentleman-Agreements unter den Gemeinden gibt, und dadurch gewisses Steuersubtrat verteilt wird. Dies ist der Steuerwettbewerb in unserem Land.

Die Diskussion wird nicht weiter gewünscht.

Antrag

Vom Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019 sei Kenntnis zu nehmen.

Abstimmung

Vom Aufgaben- und Finanzplan wird einstimmig mit 39 : 0 Stimmen Kenntnis genommen.

Budget 2016

Frau Sonja Füllemann, Präsidentin der FGPK (erläutert ihren Vortrag mit einer Präsentation): Das Budget 2016 der Gemeinde Buchs ist bereits das 4. Budget nach dem neuen Rechnungsmodell HRM2. Das Rechnungsmodell ist uns mittlerweile vertraut, wir haben aber auch erkennen müssen, dass dieses neue Rechnungsmodell nicht nur positive Aspekte, sprich Verbesserungen beinhaltet, sondern dass das Bild, insbesondere beim Verwaltungsvermögen, verwässert wird.

Der Gemeinderat hat auch beim Budget 2016, wie bereits im Budget 2015, auf die jährliche Entnahme aus den Aufwertungsreserven verzichtet.

Das gesamte Budget 2016 mit den Eigenwirtschaftsbetrieben beläuft sich auf Fr. 34'345'400.--.

Bei der Erfolgsrechnung der Einwohnergemeinde ohne die spezialfinanzierten Werke zeigt sich folgendes Bild: Die Gemeinde weist im Budget 2016 in der Erfolgsrechnung der Einwohnergemeinde ohne Werke ein Minus von Fr. 1'147'000.-- aus. Im Budget 2015 war es ein Minus von Fr. 1'303'300.--. In beiden Budgets wurde wie bereits erwähnt, kein ausserordentlicher Ertrag ausgewiesen. In der Rechnung 2014 hingegen wurde ein operatives Ergebnis von Fr. -1'495'476.-- realisiert, durch die Entnahme aus den Aufwertungsreserven konnte jedoch ein Gesamtergebnis von Fr. +219'021.-- verzeichnet werden.

Einwohnergemeinde ohne Werke

(in Fr.)	Budget 2016	Budget 2015	Rechnung 2014
Operatives Ergebnis	-1'147'000	-1'303'300	-1'495'476
Ausserordentlicher Ertrag	0	0	1'714'497
Gesamtergebnis Erfolgsrechnung	-1'147'000	-1'303'300	219'021

Das Ergebnis von -1.147 Mio. Franken würde sich um rund die Hälfte reduzieren, auf ca. Fr. -600'000.--, wenn die Abschreibungen wie früher vorgenommen werden könnten und nicht in der fiktiven Höhe, wie sie durch HRM2 vorgeschrieben werden.

Vom Budgetbetrag der Einwohnergemeinde ohne Werke beinhalten rund 94 %, das entspricht rund 25.6 Mio. Franken, gebundene Ausgaben oder bedingt gebundene Ausgaben wie z. B. Löhne, oder Ausgaben, welche durch Verträge definiert sind.

Nur knapp 6 % oder 1.5 Mio. Franken sind frei verfügbare Mittel.

Die markantesten Belastungen im Budget 2016 betreffen praktisch die gleichen Positionen wie schon im 2015. Ein grosser Anteil entfällt auf die Besoldung der Lehrerlöhne von 3.3 Mio. Franken, auf die Umsetzung des Pflegegesetzes mit 0.6 Mio. Franken, die Restkosten für die Sonderschulung und Heimaufenthalte 1.8 Mio. Franken. Zudem ist der Mehraufwand im Sozialhilfebereich gegenüber dem Vorjahr nochmals um Fr. 170'000.-- höher. Bereits im Budget 2015 wurden im Sozialhilfebereich Mehrkosten von Fr. 490'000.-- budgetiert. Der Gesamtnettoaufwand fürs 2016 beträgt Fr. 1'290'000.--

Investitionsrechnung Budget 2016

Ich erwähne nur die grösseren Beträge (immer Nettoaufwand in Franken):

0	Allgemeine Verwaltung	Fr. 197'000.--
-	Sanierung Feuerwehrgebäude	
1	Öffentliche Ordnung und Sicherheit, Verteidigung	Fr. 112'000.--
-	Beschaffung Atemschutzfahrzeug	
2	Bildung	Fr. 283'000.--
-	verschiedene Projekte, ER keinen Einfluss; Kreisschulrat beschliesst darüber	
3	Kultur, Sport und Freizeit	Fr. 95'000.--
-	Chemie- und Entsorg.raum Schwimmbad	Fr. 45'000.--
-	Gestaltung Bärenplatz	Fr. 50'000.--
6	Verkehr	Fr. 2'283'000.--
-	Lärmsanierung Tramstrasse	Fr. 232'500.--
-	Verbindungsspanne Nord	Fr. 600'000.--
-	Sanierung, Lärmsanierung, Neugestaltung, Aufwertung Ortsdurchfahrt, Tramstrasse, Mitteldorfstr., Lenzburgerstrasse	Fr. 295'500.--

Diese Investitionen sind gebundene Ausgaben, weil sie vom Regierungsrat beschlossen wurden und die Gemeinde ihren Anteil leisten muss.

Im Budget 2016 enthalten, welche der Einwohnerrat beeinflussen kann:

- Strassen- und Belagssanierungen von Gemeindestrassen Fr. 330'000.--
- Ersatz Wischmaschine Fr. 185'000.--

7	Umweltschutz und Raumordnung	Fr. 4'119'000.--
	Eigenwirtschaftsbetriebe	
-	Wasserwerk	1.685 Mio. Franken
-	Abwasserbeseitigung	2.434 Mio. Franken

Das Ergebnis der Investitionsrechnung der Einwohnergemeinde ohne Werke beträgt Fr. 2'970'900.--. Davon ist eine Selbstfinanzierung von Fr. 639'400.-- vorgesehen, was zu einem Finanzierungsfehlbetrag von Fr. 2'331'500.-- führt. Die Gemeinde Buchs weist somit einen Selbstfinanzierungsgrad von 21.52 % aus. Das ist ein sehr schlechter Wert. Werte die tiefer als 50 % sind gelten als ungenügend. Hingegen verfügt die Gemeinde über einen Eigenkapitaldeckungsgrad von 265.37 %, was sehr gut ist und nicht ausser Acht gelassen werden darf.

Steuern

Der Gemeinderat rechnet für das Jahr 2016 bei einem Steuerfuss von 102 % mit Einkommens- und Vermögenssteuern im Umfang von Fr. 15'855'000.--. Bei den Gewinn- und Kapitalsteuern von juristischen Personen rechnet der Gemeinderat mit einem Rückgang um rund Fr. 500'000.-- und schätzt die Einnahmen auf Fr. 3'300'000.--. Die Aktiensteuern sind seit 2011 bis 2016 um 1.4 Mio. Franken rückläufig. Dieser Betrag fehlt zweifellos in der Kasse der Gemeinde und bringt die Finanzlage spürbar in Bedrängnis.

Eine Steuerfusserhöhung allein reicht nicht aus, um die Gemeindefinanzen wieder ins Lot bringen zu können. Es muss immer auch auf der Ausgabenseite geschraubt werden. Zumal ein Steuerprozent für die Gemeinde Buchs "lediglich" ca. Fr. 150'000.-- ergibt. Kalkuliert man noch die schlechte Steuerzahlungsmoral in Buchs, wo rund 1/5 der Steuern nicht beglichen wird, so sind wir bei einem Steuerwert pro 1 % von bescheidenen Fr. 120'000.--.

Gemäss Aussagen des Gemeinderats im Juni 2015 würden die Schulden der Gemeinde per 2019 bei einem Steuerfuss von 97 % auf rund 30.5 Mio. Franken ansteigen. Bei einem Steuerfuss von 102 % würden die Schulden im 2019 rund 27.5 Mio. Franken und bei einem Steuerfuss von 105 % rund 26 Mio. Franken betragen. Eine Steuerfusserhöhung um 8 % würde also "lediglich" rund 4 Mio. Franken weniger Schulden bis ins Jahr 2019 ausmachen.

Fazit

Die FGPK hat das Budget eingehend geprüft und im Grossen und Ganzen als gut befunden, mit Ausnahme der Steuerfusserhöhung. Bei der Abstimmung über das Budget 2016 musste ich das Fazit ziehen, dass in Bezug auf die Finanzpolitik der Gemeinde Buchs in der FGPK eine Diskrepanz herrscht. Während die einen die Auffassung vertreten, den Steuerfuss erheblich erhöhen zu müssen um Steuervorrat zu bilden, sind die anderen der Meinung, dass für eine Steuerfusserhöhung auch ein entsprechender Gegenwert in Form einer Investition, z. B. einem Neubau (Schulhaus), ausgewiesen werden muss.

Die Diskussionen haben offenbart, dass mehr oder weniger alle die Meinung vertreten, dass wir unseren Nachkommen verpflichtet sind und ihnen keinen Schuldenberg hinterlassen wollen. Wir dürfen nicht zulasten der Kreditkarten unserer Kinder leben.

Das Resultat der Abstimmung zeigt, dass eine Mehrheit der FGPK eine moderate Steuerfusserhöhung vertreten kann, eine Steuerfusserhöhung, welche dem Buchser Stimmvolk zugemutet und von diesem auch getragen werden kann.

In der Schlussberatung der FGPK über das Budgets 2016 wurden folgende zwei Anträge gestellt:

Gegenüberstellung des Antrags von Dimitri Spiess

Der Steuerfuss sei für 2016 auf 106 % zu erhöhen.

und des Antrags von Marc Jaisli

Der Steuerfuss sei für 2016 auf 100 % zu erhöhen.

Der Antrag von Marc Jaisli obsiegt mit 5 : 4 Stimmen.

Gegenüberstellung des Antrags von Marc Jaisli

Der Steuerfuss sei für 2016 auf 100 % zu erhöhen.

und des Antrags des Gemeinderats

Der Steuerfuss sei für 2016 auf 102 % zu erhöhen.

Der Antrag des Gemeinderats obsiegte mit 7 : 2 Stimmen.

In der Schlussabstimmung wurde das Budget 2016 mit einem Steuerfuss von 102 % mit 5 : 4 Stimmen (bei 9 Anwesenden) gutgeheissen.

Antrag

Die FGPK beantragt dem Einwohnerrat mit 5 : 4 Stimmen (bei 9 Anwesenden), das Budget 2016 bei einem Steuerfuss von 102 % sei gutzuheissen.

Ich habe noch eine Anmerkung: Auf Seite 42 hat sich beim Antrag noch ein Schreibfehler eingeschlichen: Wir stimmen über das Budget 2016 ab und nicht über das Budget 2015. Der Gemeinderat will den Steuerfuss nicht rückwirkend erhöhen.

Herr Gemeinderat Tony Süess (erläutert seinen Vortrag mit einer Präsentation): Gerne möchte ich in Namen des Gemeinderats einige Überlegungen/Ausführungen zur geplanten Steuerfusserhöhung anstellen. Anschliessend können natürlich auch gerne Fragen gestellt werden.

Steuerfusserhöhung warum? Der Gemeinderat will nichts schönreden und auch nicht schwarzmalen. Er will aber für die Herausforderungen der Zukunft gewappnet sein. Der Gemeinderat hat in den beiden Budgetberatungen gesamthaft Fr. 444'700.-- gestrichen und dadurch eingespart. Die detaillierte Übersicht über die gestrichenen Posten haben Sie per Mail erhalten. Keiner dieser Beträge aus der Liste ist ins Budget eingeflossen.

Einige Fakten und Eckwerte zur Aktensteuer:

Ertrag Aktiensteuern Rechnung 2011: Fr. 4'721'000.--

Ertrag Aktiensteuern 2016 (geschätzt): Fr. 3'300'000.--

Minderertrag gegenüber Rechnung 2011: Fr. 1'421'000.--

Dies bedeutet für die Gemeinde Buchs bei einem Gesamtaufwand und -ertrag von 28.7 Mio. Franken einen Rückgang der AG-Steuern von 30 % der gesamten Einnahmen = rund 10 Steuerprozent.

Investitionstätigkeit

Durchschnittliche Gesamtinvestitionen pro Jahr 2011 - 2016: rund 2.7 Mio. Franken

Durchschnittliche Investitionen pro Jahr im Bereich Schule 2011 - 2016: rund 0.7 Mio. Franken

Gesamte jährliche Investitionen 2016 - 2019 (Durchschnitt): rund 5.1 Mio. Franken

Geschätzte jährliche Investitionen im Bereich Schule 2016 - 2019 (Durchschnitt): rund 2.6 Mio. Franken

Ich möchte darauf hinweisen, dass es sich hier um Annahmen handelt. Dies ist der heutige Kenntnisstand. Zwischen 2016 und 2019 wird allein für den Schulbereich fast gleich viel investiert, wie vorher für die ganze Gemeinde (Durchschnitt).

Durchschnittliche Gesamtinvestitionen pro Jahr 2016 - 2019: rund 5.1 Mio. Franken.

Jahre	2016	2017	2018	2019	Total	Durschnitt
gesamthaft	2'971	6'893	5'049	5'629	20'542	5'136
davon Schule	284	4'058	3'122	3'000	10'464	2'616

Ausgaben

Die gebundene Ausgaben (Verträge, die man eingegangen ist, Betriebskosten der Schule, Beiträge an Strassensanierungen gemäss Dekret und Beiträge an den Öffentlichen Verkehr) und die quasi gebundene Ausgaben betragen pro Jahr zwischen 2011 und 2016 (Durchschnitt) rund 25.6 Mio. Franken, also im Durchschnitt 94.4 % des Gesamtumsatzes. Die Tendenz eher zunehmend, da bei den Besoldungsanteilen an die Lehrerlöhne, bei der Umsetzung des Pflegegesetzes, der Sozialhilfe sowie den Restkosten für Sonderschulung und Heimaufenthalte mit steigenden Kosten zu rechnen ist.

Unter quasi gebundenen Ausgaben verstehen wir:

- Sitzungsgelder von Kommissionen
- Löhne der Gemeindeangestellten
- Daraus entstehende Kosten für die Sozialabgaben
- Mieten, Leasingkosten, Pachten und Benützungsgebühren
- Versicherungsprämien
- Porti und Telefongebühren
- Notwendige Dienstleistungen von Dritten
- Unterhalt der notwendigen Maschine und Geräte
- Planmässige Abschreibungen

Die ungebundene Ausgaben betragen pro Jahr 2011 - 2016 (Durchschnitt) rund 1.5 Mio. Franken, also im Durchschnitt 5.6 % des Gesamtumsatzes. Dies bedeutet, dass die für die Gemeinde beeinflussbare Summe des Budgets nicht einmal 10 Steuerprozent ausmacht. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in den ungebundenen Ausgaben unter anderem auch Kosten für den Unterhalt der Infrastruktur der Gemeinde (Gebäude, Mobiliar, Strassen etc.) enthalten sind.

Vergleich gebundene und ungebundene Ausgaben Budget 2016

Gesamter Aufwand der Gemeinde Buchs 2016 ohne spezialfinanzierte Betriebe: 28.7 Mio. Franken

- | | |
|-----------------------------|--------------------------------|
| - gebundene Ausgaben : | 17.1 Mio. Franken resp. 59.5 % |
| - quasi gebundene Ausgaben: | 10.1 Mio. Franken resp. 35.4 % |
| - ungebundene Ausgaben: | 1.5 Mio. Franken resp. 5.1 % |

Ich komme zu Aussagen, die man in letzter Zeit immer wieder gehört hat und möchte diese kommentieren:

Nur wegen den aufgeblasenen Abschreibungen müssen wir den Steuerfuss erhöhen.

Dies stimmt nicht, denn die Gemeinde Buchs weist im Budget 2016 Nettoinvestitionen von 2.9 Mio. Franken aus. In den Jahren 2016 bis 2019 des überarbeiteten Finanzplans sogar gesamthaft 20.5 Mio. Franken. Damit diese Investitionen finanziert werden können, muss eine möglichst hohe Selbstfinanzierung (2019: 19 %) erzielt werden. Ein Bestandteil der Selbstfinanzierung sind auch die planmässigen Abschreibungen. Ohne diese genügende Selbstfinanzierung werden die Schulden massiv ansteigen. Aus diesem Grund müssen die Steuern nicht wegen den hohen Abschreibungen sondern wegen den hohen Investitionen erhöht werden.

Die Steuerfusserhöhung erfolgt nur wegen den erhöhten Abschreibungen als Folge von HRM2 und nicht wegen den vorgesehenen Investitionen.

Abschreibungen sind die Grundvoraussetzung, dass überhaupt wieder Investitionen (Maschinen/Anlagen/Fahrzeuge/Informatik/Liegenschaften etc.) getätigt werden können. Dies ist auch in der Privatwirtschaft so. Ein Unternehmen wird z. B. ein neubeschafftes Fahrzeug kaum im Anschaffungsjahr abschreiben, sondern dieses, aufgrund einer vorgesehenen Nutzungsdauer, abschreiben und bei der Kalkulation der Preise für die erzeugten Produkte einrechnen (kalkulatorische Abschreibungen und Zinsen). Nur so erhält die Firma die finanziellen Mittel, um nach der Nutzungsdauer wieder ein neues Fahrzeug beschaffen zu können.

Genau gleich verhält es sich bei den Gemeinden. Nur mit der Verbuchung und Einkalkulierung unserer Abschreibungen in unseren Produktpreis (Steuern und Gebühren) erhalten wir die für aktuelle und zukünftige Investitionen benötigten liquiden Mittel und somit eine gute Selbstfinanzierung. Je höher diese Selbstfinanzierung umso tiefer bleiben die Schulden.

Wir haben so viel Eigenkapital, dass wir künftige Investition durchaus mit Mitteln aus dem Eigenkapital finanzieren können, ohne Steuerfusserhöhung.

Dies stimmt nicht. Natürlich ist unser Eigenkapital in der Rechnung 2014 mit rund 91 Mio. Franken ausgewiesen, dieses ist jedoch aufgrund der Einführung von HRM2 bei der Neubewertung des Finanz- und Verwaltungsvermögens, aus nicht realisierten Buchgewinnen entstanden. Vorher hatte die Gemeinde Buchs ein Eigenkapital von 14.5 Mio. Franken, welches mit effektiv erzielten Ertragsüberschüssen gebildet werden konnte. Die Finanzierung von Investitionen mit aus nicht realisierten Buchgewinnen gebildetem Eigenkapital kann kaum als nachhaltig bezeichnet werden. Durch die Einführung von HRM2 erfolgte eine Anpassung der Buchhaltungen der Gemeinden an die Privatwirtschaft. Dieses Rechnungsmodell erleichtert auch die Vergleichbarkeit der Gemeinden. Dabei wurden bereits abgeschriebene Investitionen des Verwaltungsvermögens der letzten 20 Jahre (Gebäude, Fahrzeuge, Mobilien usw.) mit dem entsprechenden Restwerten aktiviert. Diese müssen in der Folge während ihrer Restnutzungsdauer abgeschrieben werden. Ebenfalls wurden Grundstücke, auf denen sich Gebäude des Verwaltungsvermögens befinden (Schulhäuser, Gemeindehaus usw.) bewertet. Dies war unter HRM1 nicht der Fall. Sie waren in der Bilanz mit 0 Franken aufgeführt. Bei all diesen Aktivierungen und Neubewertungen sind Buchgewinne entstanden die als Aufwertungsreserven verbucht wurden und eigentlich Eigenkapital darstellen. Durch diese Aktivierung erhöhte sich unser Eigenkapital stark. Liegenschaften und Grundstücke des Verwaltungsvermögens (Gemeindehaus Schulhäuser etc.) dienen der Erfüllung von öffentlichen Aufgaben und können nicht einfach so verkauft werden. Aus diesem Grund handelt es sich bei diesen Buchgewinnen um nicht realisierte Buchgewinne. Die Wertvermehrung erfolgt lediglich in den Büchern. Erst ein effektiver Verkauf bringt einen Erlös und je nachdem einen realisierten Buchgewinn. Nur durch Abschreibungen können künftige Investitionen (teil)finanziert werden. Die Entnahme von Geldern aus der Aufwertungsreserve (nicht realisierte Buchgewinne) zur Deckung von Aufwandüberschüssen der ordentlichen Rechnung ist zudem gemäss Weisung des Dep. Volkswirtschaft und Inneres, Gemeindeabteilung, nicht zulässig. Ein so generiertes Eigenkapital weckt also falsche Begehrlichkeiten.

Buchs hatte vor HRM2 14. 5 Mio. Franken Eigenkapital, Aarau 247 Mio. Franken.

Wieviel Steuern müssen effektiv mehr bezahlt werden?

Steuerbares Einkommen alleinstehende Person Fr. 80'000.--

Steuerfuss 97 %: Fr. 5'047.--

Steuerfuss 102 %: Fr. 5'307.-- Erhöhung Fr. 260.--

Steuerbares Einkommen Familie Fr. 80'000.--

Steuerfuss 97 %: Fr. 3'275.--

Steuerfuss 102 %: Fr. 3'444.-- Erhöhung Fr. 169.--

Der durchschnittliche Steuerfuss im Kanton Aargau beträgt 104.3 %.

Überlegungen des Gemeinderats

- Kein kurzfristiges Denken, sondern ein Denken für unsere künftige Generation. Wir wollen keinen Schuldenberg übergeben.
- Investitionen für Unterhalt (Infrastruktur) müssen getätigt werden können. Werden diese Investitionen hinausgeschoben oder gar nicht gemacht, kosten sie viel mehr.
- Die Aufgaben der Gemeinden nehmen nicht ab, sondern zu (Gesundheitswesen, Sozialwesen etc.) und müssen finanziert werden können.
- Auch die Buchser Firmen stehen in einem kompetitiven Markt, was sich auf das Steuersubstrat auswirken wird.
- Die Steuerfusserhöhung um 5 % ist das, was für den Gemeinderat zum heutigen Zeitpunkt finanztechnisch zwingend erforderlich und politisch vertretbar ist.

Diskussion

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN ZUM BUDGET

Herr Joel Blunier: Was mir gefehlt hat in der Präsentation von Tony Süess ist eine Information aus dem Kreisschulrat. Dort haben wir beschlossen, dass das Budget im Vergleich zum Budget 2015 nicht erhöht werden soll. Es wäre dort eine Erhöhung von Fr. 240'000.--, die die Gemeinde Buchs betroffen hätte, eingeplant gewesen. Dieses Budget wurde zurückgewiesen. Die Schulpflege ist nun in der Pflicht. Damit sind im Budget unserer Gemeinde diese Fr. 240'000.-- im Konto 2 eingerechnet und sollten in den jetzt folgenden Diskussionen bei uns in den Hinterköpfen sein. Bei unserem Defizit von 1,147 Mio. Franken wären wir neu bei einem Defizit von ca. Fr. 900'000.--.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich möchte korrigieren. Die Fr. 240'000.-- ist die Gesamtsumme mit dem Anteil von Aarau zusammen. Der Kreisschulrat berät dieses Budget nochmals. Der Kreisschulrat kann Korrekturen nach unten oder oben vornehmen. Hier wissen wir nicht, was noch rauskommt. Es sind noch verschiedene Anträge in der Pipeline, wie ich gehört habe. Ich möchte nicht darauf setzen, dass dies alles so passiert. Wir sind in unserem Budget von den Zahlen von damals ausgegangen.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte Anton Kleiber beipflichten, es ist noch nichts beschlossen. Im Dezember wird der Kreisschulrat nochmals übers Budget befinden. Das Budget wurde zurückgewiesen mit dem Auftrag an die Kreisschulpflege, ein Budget zu erstellen, dass kein Kostenwachstum auszeichnet. Weiter möchte ich informieren, dass die Kreisschulpflege für die Primarschulhaussanierungen bei der Metron bereits Zahlen eingeholt hat. Dies sind keine fixen Zahlen sondern Vorausprojekte. Man spricht bereits von 60 Mio. Franken für Sanierung Risiacherschulhaus und Gysimattschulhaus. Der Gemeinderat geht in seinem Finanzplan von 30 Mio. Franken aus. Man kann davon ausgehen, dass diese 30 Mio. Franken nicht reichen. Der Gemeinderat hat sich bei diesen Zahlen sehr knapp gehalten.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Wir sind an verschiedenen Fronten am Arbeiten. Einerseits können wir glücklicherweise die Schulraumplanung mit Aarau gemeinsam angehen, wir hatten letzte Woche die erste Sitzung, und es gibt Überlegungen, wenn es diese grosse Kreisschule gibt, dass man allenfalls gewisse Sanierungen nicht mehr machen muss oder anders machen kann. Hier werden sehr breite Überlegungen angestellt, diese werden immer konkreter werden, aber wir haben noch keine Zahlen. Diese Zahlen der Schule, diese 60 Mio. Franken, sind für den Gemeinderat schlichtweg nicht möglich. Hier müssen wir andere Lösungen suchen. Dies tun wir einerseits in der Bildung der neuen Kreisschule, andererseits mit Aarau. Wir wurden von Aarau eingeladen mitzudenken, wie dies in einer grossen Kreisschule, vor allem für die Oberstufe, aussehen könnte, weil man weiss, und der Einwohnerrat Aarau wurde gestern darüber informiert, dass es im Jahr 2007 – 2009 eine Geburtensteigerung von 30 % geben hat. D. h. von dort aus gerechnet in 10 - 12 Jahren kommt dieser Schub in die Oberstufe. Dort müssen wir in der Oberstufe parat sein, um dies Schüler aufnehmen zu können. Dies ist auch eine Realität und hier sind wir breit am planen. Deshalb sind diese 30 Mio. Franken ein Ansatz, und wir hoffen, dass wir nicht mit viel mehr rechnen müssen. Wie es aber definitiv aussieht, wissen wir noch nicht. 60 Mio. Franken sind für uns aber nicht machbar.

Herr Ueli Kohler: Ich möchte einen **Rückweisungsantrag** stellen. Weshalb? Ein Bild, dass mir heute Abend in den Sinn gekommen ist. Wir haben auf der einen Seite einen sehr hohen Eigenkapitaldeckungsgrad von ca. 260 % und auf der anderen Seite einen Selbstfinanzierungsgrad von 19 %. Dies ist, bildlich gesehen, für mich jedoch die gleiche Person. Dies ist Herr Eigenkapital, der im Hintergrund wirklich irrsinnige Polster hat und gut situiert ist, aber zur öffentlichen Hand geht und finanzielle Unterstützung erwartet. Es ist aber die gleiche Person. Ob dies nun Buchwerte sind, wie wir gehört haben, die wir schlussendlich abschreiben, was dann wieder zu negativen Ergebnissen führt. Ich bin jetzt dann 20 Jahre im Einwohnerrat. Wenn man in den Budgetsitzungen die Rechnungsergebnisse der vergangenen Jahre

ansieht, dann stellt man fest, selbst im 2014, das die Ergebnisse stehen besser waren als das Budget und sich so Überschüsse in Millionenhöhe angehäuft haben. Es war immer so, dass man den Steuermahnfinger gehoben hat. Es gab immer diese Entwicklung, auch in den Finanzplänen. Es hat sich aber bewährt: erstens kommt es anders und zweitens als man denkt. Auch die jetzige geplante Steuerfusserhöhung des Gemeinderats macht er, obwohl viele Investitionen noch nicht klar sind. Es müssen zuerst entsprechende Projekte mit Verpflichtungskrediten erarbeitet und danach dem Einwohnerrat vorgelegt werden. Hier ist noch nicht viel in Sicht von diesen Millioneninvestitionen und somit entspräche eine jetzige Steuerfusserhöhung quasi Steuern auf Vorrat; das kann und darf nicht sein. Wozu will die Gemeinde dieses Geld überhaupt brauchen? Aus meiner Sicht ist eine vorübergehende Steuerfusserhöhung absolut gerechtfertigt, wenn klare Fakten auf dem Tisch liegen, die zeigen, welche effektiven Investitionen nötig sind, diese projektiert sind und dermassen einen Einfluss auf unsere Verschuldung haben, dass es eine Steuerfusserhöhung braucht. Gerne erinnere ich mich an die Zeit, als die Gemeinde mit dem Bau von Gemeindesaal und Dreifachturnhalle zwei grosse Brocken verdaute, ohne die Steuern zu erhöhen. Klar, wir hatten dort noch einen Steuerfuss von 100 %. Aber diese 3 % machen es dann auch nicht aus. Mit HRM2 haben wir Verwaltungsvermögen abgeschrieben was natürlich in der Laufenden Rechnung einfließt, Fr. 400'000.--, jetzt betragen diese Abschreibung durch die Aufblähung des Eigenkapitals 1.6 Mio. Franken. Weshalb müssen wir für etwas Fiktives die Steuern erhöhen?

Nach den Grundsätzen von Notwendigkeit, Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit hat es aus meiner Sicht noch viel Fleisch am Knochen um Einsparungen zu machen. Über das gesamte Budget 2016 sehe ich mindestens ein Sparpotenzial von rund Fr. 300'000.--. Es ist richtig dass es im Bereich Schule Fr. 130'000.-- ausmacht. Dort hat die Exekutive einen Auftrag bekommen. Bringt ein Budget, welches nicht höher ist als das letztjährige. Dies müssen sie bringen. Klar hat der Rat danach wieder das sagen, aber ich glaube nicht, dass sie dann wieder mehr beantragen.

Beispiele für diskutierbare Ausgaben: Wir haben gehört, dass die gebundene Ausgaben 94 % betragen. Personalkosten machen rund 20 % der Gesamtkosten aus. Weshalb brauchen wir noch so viel Personal? Dann kann man dies doch automatisieren. Für mich sind Personalkosten beeinflussbare Kosten. Im Budget sind Punkte wie Trenn- und Projektionswände in der Verwaltung aufgeführt oder der Ersatz des Schneepflugs. Vielleicht kann man ihn noch reparieren?

In meinem Antrag habe ich auf zwei Seiten aufgeschrieben, in welchen Bereichen Sparpotenzial vorhanden wäre. Somit stelle ich folgenden

Rückweisungsantrag:

Das Budget 2016 ist an den Gemeinderat mit folgendem Auftrag zurückzuweisen:

- Neues Budget auf der Basis eines Steuerfusses von 97 %
- Berücksichtigung des reduzierten Budget der KSBR
- Betrieblicher Aufwand = max. 29 Mio. Franken

Diskussionen über den Rückweisungsantrag

Herr Hans Hartmann: Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Rückweisungsantrag. Ich möchte beginnen, mit dem, was wir in der Zeitung lesen konnten. "Ein Steuerfuss von 102 % ist finanztechnisch zwingend erforderlich...". Ich sage der Satz sollte eigentlich weitergehen mit "...wenn man auf grossem Fuss weiterleben will". Wieso komme ich zu dieser Aussage? Bei diesem Zahlenkrieg könnte einem fast schwindlig werden. Das Problem besteht bei den Investitionen. Müssen diese Investitionen immer so hoch sein? Alle Personen, die in der Privatwirtschaft arbeiten, können von solchen Ausgaben nur träumen. Kanalisation für 1.2 Mio. Franken, Kindergarten für 2.5 Mio. Franken. Hier haben wir schon Möglichkeiten um Druck

auszuüben und nicht einfach alles immer als Gott gegeben anzusehen. Ueli Kohler hat die Liste erwähnt mit den Streichungspunkten. Für mich ist diese eine Alibiübung. Ich habe mir 3 Punkte rausgeschrieben: Streichung Einbau Dusche, Streichung Sanierung Fassade, Streichung Sanierung Tanzplatz. Dies macht Fr. 200'000.-- aus. Dies sind Mehrpunkte, nice to have. Ohne sich gross beugen zu müssen, kann man diese streichen. Ich könnte jetzt böswillig sein und sagen, der Gemeinderat hat die Streichungsliste von Anfang an geplant gehabt und dann sieht es so aus, als ob ihr ernsthaft bemüht gewesen wärt, zu sparen. Für mich ist es Kosmetik. Sparen muss wehtun und ich denke noch nicht, dass es in dieser Gemeinde weh tut zu sparen. Das Geld kommt vom Bürger. Ich sage nicht, wo ihr sparen müsst. Sicher gibt es konkrete Punkte, wie Ueli Kohler gesagt hat, aber ihr seid die Spezialisten. Ihr wisst, wo etwas möglich ist und wo nicht. Ich bin sicher, 5 % kann man überall noch einsparen. Mir kommt es vor wie schlafwandeln. Im ersten Weltkrieg ist man in die Kriegskatastrophe gewandelt und wir wandeln in die Finanzkatastrophe. Wir rechnen mit 60 Mio. Franken Investitionen und mit 30 Mio. Franken Schulden und doktern herum mit dem Steuerfuss. Urs hat vorher soeben noch gesagt, dass wir wettbewerbsfähig sein müssen. Da kommt doch das psychologische Element vor. Der Steuererhöhungen schreckt eher ab, als dass es Leute anzieht. Dies wäre eigentlich wichtig. Lasst diesen Steuerfuss so wie er ist und terrorisiert die Leute nicht mit solchen Zahlen. Eigentlich wollen wir euch noch helfen. Wir wollen euch keine Fesseln anlegen. Wir wollen auch, dass ihr in ein paar Jahren wieder schwarze Zahlen schreibt, aber die Geschichte der Gesellschaft zeigt, Steuererhöhungen sind der falsche weg. Lasst es euch durch den Kopf gehen: ist eine Steuerfusserhöhung immer Ultima Ratio? Ich finde, man kann noch mehr sparen. Es gibt immer noch andere Lösungen/Wege.

Herr Dimitri Spiess: Ich habe die gleiche Diskussion schon im Kreisschulrat geführt. Wir haben dort das Budget zurückgewiesen. Wenn wir das Budget zurückweisen, erledigen wir es nicht, sondern wir verschieben es auf den Dezember. Dann befinden wir nochmals über das Budget. Die Diskussion führen wir trotzdem. Ich finde es schade, dass die Bürgerlichen nicht vor die Bevölkerung stehen und sagen können, dort und dort möchte ich sparen, ich stehe dazu, ich möchte diesen Budgetposten streichen, z. B. beim Gemeindepersonal einsparen, so dass danach alle am Schalter der Einwohnerkontrolle zwei Tage in der Warteschlange anstehen müssen oder Dienstleistungen, wie die schnelle Abwicklung eines Baubewilligungsverfahrens, nicht mehr möglich sind. So werden wir als Gemeinde immer weniger attraktiv. Die meisten Aufgaben sind sowieso gebunden. Wenn wir jährlich ein Defizit fahren und nicht mal mit den Steuereinnahmen die laufenden Ausgaben decken können, dann führt dies zu einem Schuldenberg. Wir haben gesehen, wieviel ein Steuerprozent mehr oder weniger ausmacht. Wir müssen in die Zukunft schauen. Ich möchte euch bitten, nehmt die Diskussion an, beschliesst ein Budget und verschieben wir die Aufgaben nicht auf den Dezember. Es bringt uns nicht weiter.

Herr Marc Jaisli: Ich habe eine Verständnisfrage. Ist es richtig, dass 2016 ein Mitarbeiterausflug stattfindet, der Fr. 7'100.-- kostet? Wohl gemerkt wird dieser Freitagnachmittag als Arbeitszeit angerechnet und die Gemeinde ist geschlossen. Ist dies so? Bis zur letzten Woche war ich der Meinung, dass das Budget stimmt und der Gemeinderat seine Hausaufgaben gemacht hat. Wenn ich jedoch solche Dinge höre, dann bin ich verärgert. Versteht mich nicht falsch, ihr könnt mit einer Kutsche für Fr. 10'000.-- ins Tessin fahren, aber es kann nicht sein, dass dies Arbeitszeit ist und die Gemeinde geschlossen ist. Ich möchte darauf eine Antwort. Erst danach kann ich mich entscheiden, ob ich den Antrag von Ueli Kohler unterstütze oder nicht.

Herr Präsident Urs Zbinden: Marc Jaisli, wir diskutieren hier über den Rückweisungsantrag. Über nichts anderes. Hier geht es um einen einzelnen Posten, der hier bereits zur Sprache kommt, aber eigentlich später zur Diskussion stünde, wenn es weitergeht mit dem Budget.

Herr Marc Jaisli: Da ich keinen Antwort bekomme gehe ich davon aus, dass meine Vermutung stimmt. Man kann gar nicht rechnen, was dies für ein Dienstleistungsausfall ist, wenn die Gemeinde einen Nachmittag geschlossen hat. Wenn wir 60 Mitarbeitende haben auf der Gemeinde, 30 an diesem Nachmittag

arbeiten und die Arbeit bezahlt bekommen, dann sind dies ungefähr Fr. 3'000.--. Der Gemeinderat und ich reden nicht vom gleichen sparen. Ich unterstütze den Antrag von Ueli Kohler. Ich hoffe auf Unterstützung.

Herr Martin Gysi: Die Gemeinde Buchs und die ganze Region Aarau sind in einer Phase des Wachstums. Wachstum und Veränderung kann eine Chance sein aber auch Widerstand und Unmut provozieren. Wachstum kann man gestalten oder geschehen lassen. Die Stadt Aarau hat im letzten Jahr gezeigt, was man machen kann, wenn man Änderungen und Wachstum gestaltet. Es ist eine sehr attraktive Stadt, unter anderem gezeigt mit dem an Aarau verliehenen Wakkerpreis. Wir müssen uns heute als Einwohnerrat entscheiden, welches Modell von Gemeinde wir in Zukunft wollen. Wollen wir eine Gemeinde werden, der ein tiefer Steuerfuss über alles geht oder wollen wir eine Gemeinde werden, die den Behörden einen Handlungsspielraum gibt, den sie benutzen können, um die Zukunft aktiv zu gestalten, mit einer Top-Infrastruktur, einem gepflegten Ortsbild etc. Wollen wir ein billiges Wohnquartier von Aarau sein? Dann werden wir wohl nicht die guten Steuerzahler anziehen, die wir jetzt umso mehr brauchen. Dann wird der Posten Sozialhilfe in Zukunft noch mehr steigen. Oder wollen wir eine attraktive Gemeinde sein, wohin die Leute wegen ihrer guten Wohnqualität ziehen? Wo wir eine Villa Blau haben, die einen guten Ruf hat und doppelverdienende Eltern anzieht, eine Gemeinde mit einem attraktiven Dorfkern, lebendigen Vereinen? Ich meine, wir sollten dies sein: handlungsfähig, selbstbewusst und stark. Der Gemeinderat schlägt eine moderate Erhöhung des Steuerfusses vor. Dieser wir uns noch keine grossen Sprünge erlauben. Schliesslich sieht die Rechnung immer noch ein Defizit vor, trotz Streichungen und die Schulden steigen. Die Erhöhung ist jetzt absolut notwendig um den Handlungsspielraum zu erhalten und ich finde, es ist jetzt der richtige Zeitpunkt um zu handeln. Wir haben damals gesagt, wir gehen auf 97 % runter, so lange es gut ist, und wenn wir sehen, er muss erhöht werden, dann machen wir dies auch. Jetzt ist der Zeitpunkt darüber zu diskutieren. Ich weise den Antrag von Ueli Kohler zurück. Ich verstehe die Rückweisung nicht und bin total dagegen.

Herr Urs Füllemann: Wir müssen auf der sachlichen Ebene bleiben. Für mich hat der Finanzplan vorausschauenden Charakter. Wenn ich aber den Finanzplan, worauf das Budget basiert, ansehen, dann sind viele Unwegsamkeiten in diesem Finanzplan enthalten. Wie es Ueli Kohler richtig gesagt hat, auch von den Kennzahlen her, stehen und fallen diese mit den Investitionen. Wenn wir sehen, dass die Schulen nicht in der Lage sind, der Gemeinde nur annähernd vernünftige Zahlen zu liefern, wie soll man dann sorgfältig budgetieren? Ich werde den Antrag von Ueli Kohler unterstützen, weil der Finanzplan und damit auch das Budget viele Fragezeichen aufwirft. Wenn wir die reinen Zahlen ansehen, und wir wüssten die konkreten Investitionen, die über die nächsten Jahre auf uns zukommen, dann müsste ich als Finanzfachmann der Erhöhung zustimmen.

Herr Hans Hartmann: Ich teile deine Meinung Martin Gysi, dass eine Gemeinde attraktiv sein muss. Aber muss dies immer der Staat zahlen? Der Staat hat den schlechtesten Wirkungsgrad, wie man mit Geld operiert. Viele Dinge könne auch Private gut oder sogar besser organisieren, weil diese auf ihr Geld achten und dafür arbeiten müssen. Deshalb weiss ich nicht, ob es gescheit ist, insbesondere in Bezug auf die Villa Blau, immer Geld zu geben. Man hat dann zwar eine attraktive Institution, aber wir müssen dafür zahlen, aber mehr als mit einer anderen Variante. Es gilt immer zu überlegen, ob es gescheit ist, wenn der Staat Aufgaben übernimmt oder nicht. Mit deinen Zielen kann ich übereinstimmen. Aber ich finde nicht, dass wir unbedingt mehr Geld ausgeben müssen. Der Staat findet, ok, jetzt habe ich mehr Geld, jetzt übernehme ich mehr Aufgaben und Verantwortung. Statt zu probieren, Aufgaben zu streichen. Dies müsste über den Kanton und den Bund laufen. Es ist absurd, welche Aufgaben wir bewältigen müssen.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte euch ein paar Dinge erklären. Wenn ihr Fragen und Unklarheiten zu Investitionen habt, die in Zukunft anstehen, dann geht hin und informiert euch. Geht ins Primarschulhaus Risiacher und ins Schulhaus Gysimatte, schaut euch an, wieviel Provisorien wir bauen, um genügend Schulraum zu haben. Die Strasseninvestitionen, die auf uns zukommen. Geht zum Regierungsrat, schaut euch an, was er entschieden hat und welche Kosten in Bezug darauf auf uns zukommen bzw. was unser

Beitrag ist. Wenn ihr Fragen habt, dann informiert euch bitte. Wenn ihr abstreichen wollt und Aufgaben, die die Gemeinde macht, privatisieren wollt, vielleicht denkst du Hans an die Privatisierung von Wasser und Abwasser, dann bring dies vor. Teilweise sind es gebundene Aufgaben, die der Staat erledigen muss, und wenn man dies privatisieren will, ist dies wohl der falsche Rat.

Herr Ueli Kohler: Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, ich sei per se gegen eine Steuerfusserhöhung. Dies ist überhaupt nicht der Fall. Wenn die Grundsätze Notwendigkeit, Dringlichkeit, Wirtschaftlichkeit ausgewiesen sind und Fakten auf dem Tisch liegen, dann kommen wir vielleicht nicht darum herum. Aber nicht auf Vorrat. Wir haben gehört, dass die Aktiensteuern abgenommen haben. Aber wir haben vom Gemeinderat keine Info dazu gehört, dass von 2011 bis jetzt auch ein Bevölkerungswachstum stattgefunden hat und dadurch haben wir auch Steuersubstrat gewonnen. Für mich ist es jetzt einfach der falsche Zeitpunkt. Ich bin jetzt dann bald 20 Jahre im Rat und die Diskussionen sind immer die gleichen. Es ist sehr bequem zu sagen, die Personalkosten können nicht beeinflusst werden. Zu sagen, diese 19 % seien nicht beeinflussbar, ist für mich zu wenig. Hier werden die Grundsätze nicht abgedeckt. Wenn wir als Legislative das Budget zurückweisen und dem Gemeinderat einen Auftrag erteilen, dann muss der Gemeinderat als Exekutive diesen Auftrag annehmen und einen entsprechenden Vorschlag ausarbeiten. Eine Rückweisung ist nichts Schlimmes. Es ist noch überhaupt nichts passiert. Aber der Gemeinderat hat die bessere Manipulation. Es macht keinen Sinn, über jeden Budgetposten bis abends um 12 Uhr zu diskutieren. Wir werden uns wahrscheinlich aufheben, es geht um ein paar Tausend Franken und das Budget kommt schlussendlich durch. Für mich ist es falsch, aufgrund dieser Fakten, die noch keine Fakten sind, zu entscheiden. Von den Investitionen sind die wenigsten beraten. Macht eine Steuerfusserhöhung dann, wenn sie nötig ist. Eine Gemeinde soll leben, soll attraktiv sein, soll eine Idee haben und etwas bauen, und dann spricht man über die Finanzierung. Dann müssen die Steuern erhöht werden, aber nicht einfach per se. Dies ist mir zu schwammig. Deshalb retour und nochmals über die Bücher.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich halte mich im Gegensatz zu meinen Vorrednern ans Formelle. Ihr habt nicht über den Ordnungsantrag diskutiert. Ich halte mich zurück, ich könnte nun argumentieren wie meine Vorredner, aber dies mache ich nicht. Ueli Kohler spricht von 29.373 Mio. Franken ohne Eigenwirtschaftsbetriebe. Diese Zahl werden wir nicht erreichen können. Wenn ihr bei 97 % bleiben wollt, dann könnt ihr dies tun. Ihr könnt das Budget beraten, einzelne Posten streichen, das Budget genehmigen, aber mit einem Steuerfuss von 97 %. Deshalb müsst ihr es doch nicht als Ganzes zurückweisen. Es kommt nichts anderes raus. Es gibt Dinge, die man nicht streichen kann. Ueli Kohler hat gebundene Ausgaben reingenommen, z. B. ein Steuerprogramm für Fr. 65'000.--. Dieses müssen wir kaufen, wir können es nicht streichen. Dieser Betrag wird also auch in einem neuen Budget wieder drin sein. Wenn ihr das Budget zurückweist, dann haben wir bis im Februar kein Budget. Dann beginnt die Verwaltung mit den gebundenen und teilweise gebundenen Ausgaben (inkl. Löhne) zu arbeiten und gibt Geld aus, wir ersetzen auch den Schneepflug der kaputt ist, weil wir ihn nicht mehr gebrauchen können. Aber wir können mit nichts Neuem beginnen. Wenn ihr jetzt dem Rückweisungsantrag zustimmt, dann haben wir das Budget im Februar vor dem Volk, sofern ihr zufrieden seid, mit dem was wir euch im Dezember vorlegen. Vielleicht seid ihr damit nicht zufrieden und gebt es nochmals zurück. Ich gehe davon aus, dies würde nicht passieren. 97 % könnt ihr heute beschliessen, dann ist einfach der Fehlbetrag höher. Seid so gut und überlegt euch, wie ihr entscheidet. Das ganze Thema muss sachlich beurteilt werden.

Herr Ueli Kohler: Es ist möglich, dass auf meiner Liste Punkte aufgeführt sind, die gebunden sind. Aber wir müssen auch nicht immer zu allem ja sagen, was von oben kommt. Vielleicht müsste man diese Programme nicht gerade jetzt anschaffen und mal zurückfragen, wo ist der Sinn und wo ist die Einsparung? Betreffend Personalkosten. Wir haben zwar eine Nullrunde, was auch gut ist. Aber gegenüber dem Budget ist die Lohnsumme um 2 % höher. Gegenüber 2014 ist die Lohnsumme 5.4 % höher. Jetzt in Rat etwas runterzuschrauben ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Die Diskussion zum Rückweisungsantrag wird nicht weiter gewünscht.

Rückweisungsantrag (Ordnungsantrag)

Das Budget 2016 ist an den Gemeinderat mit folgendem Auftrag zurückzuweisen:

- Neues Budget auf der Basis eines Steuerfusses von 97 %
- Berücksichtigung des reduzierten Budget der KSBR
- Betrieblicher Aufwand = max. 29 Mio. Franken

Abstimmungen

Der Rückweisungsantrag wird mit 24 : 14 Stimmen (1 Enthaltung) abgelehnt.

ERFOLGSRECHNUNG

Frau Sandra Jaisli: Ich stelle folgenden **Änderungsantrag**. Hiermit stelle ich den Antrag, die Personalreise 2016 (enthalten im Konti3099.00 mit Fr. 7'100.--), da die finanzielle Lage nicht so rosig aussieht, zu streichen und in ein Personalesen umzuwandeln. Die Kosten dafür sind mit Fr. 60.-- pro Person zu budgetieren und nicht zu übersteigen. Dies ergibt (laut Teilnehmerzahl des Gemeinderats von 60 Personen) einen neuen Budgetbetrag von Fr. 3'600.--. Das Essen soll an einem Abend oder Tag stattfinden, wo die Gemeinde nicht geschlossen werden muss. Ich erwarte, dass das Essen für alle Mitarbeiter/innen in der Freizeit stattfindet und nicht als Arbeitszeit angerechnet wird.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: In diesem Jahr findet ein Personalesen statt, im nächsten Jahr eine Personalausflug (immer alternierend). Das Personalesen findet selbstverständlich am Abend statt. Die Personalreise, die ½ Tag dauert, ist Arbeitszeit, was völlig normal ist. Der verfügbare Betrag ist nicht reglementarisch festgelegt. Man kann ihn also streichen und damit den Personalausflug gänzlich abschaffen. Die Frage ist, ob dies für das Personal ein gescheites Zeichen ist.

Antrag Sandra Jaisli

Konti3099.00 Personalreise

Die Personalreise ist zu streichen und in ein Personalesen umzuwandeln. Die Kosten dafür sind mit Fr. 60.-- pro Person zu budgetieren und nicht zu übersteigen. Dies ergibt (laut Teilnehmerzahl des Gemeinderats von 60 Personen) einen neuen Budgetbetrag von Fr. 3'600.-- Das Essen muss an einem Abend oder Tag stattfinden, wo die Gemeinde nicht geschlossen werden muss. Ich erwarte, dass das Essen für alle Mitarbeiter/innen in der Freizeit stattfindet und nicht als Arbeitszeit angerechnet wird.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 23 : 15 Stimmen (1 Enthaltungen) abgelehnt.

Herr Joel Blunier: Wir diskutieren nun in den folgenden Stunden über Streichungsanträge. Ich möchte einen symbolischen **Antrag** stellen unter Legislative: Verzicht auf Einwohnerratsausflug 2016. Natürlich gehe ich gerne essen und natürlich ist mir der gesellschaftliche Aspekt wichtig. Aber wenn wir sparen und alles kürzen wollen, dann müssen wir mit gutem Beispiel voran gehen und auf den Ausflug verzichten. Wir können uns in der Waldhütte treffen zum bräteln. Es muss nicht immer ein grosser Ausflug sein. Ich weiss nicht, ob es den ganzen Posten von Fr. 10'000.-- betrifft.

Herr Hans Hartmann: Joel, du verwechselst Birnen mit Äpfeln. Wobei ich nicht sagen will oder sage, dass dieser Ausflug unbedingt sein muss, ich war in der Vergangenheit auch nicht immer dabei. Aber ich

möchte auf die Aussage von Urs Affolter zurückkommen. Man müsse den Mitarbeitenden ein Zuckerlein geben. Der Unterschied ist, dass die Gemeindeangestellten bereits mit ihrer Beschäftigung ein Zuckerlein erhalten. Sie sind nicht dem Wettbewerb ausgesetzt, wie jene, welche in der Privatwirtschaft arbeiten. Dies ist fundamental etwas anderes. Wenn man beim Staat arbeitet, kann man schon zufrieden sein, egal auf welcher Ebene. Zweitens werden wir Einwohnerträte nur ehrenamtlich und symbolisch bezahlt. Die Gemeindegestellten werden eher gut bezahlt, was man so hört. Wir symbolisch. Der Zweck ist, einander besser kennenzulernen. Man darf nicht sagen, nur weil man bei den Gemeindeangestellten geizig war, muss man auch beim Einwohnerrat geizig sein. Es ist nicht das gleiche. Für mich ist bräteln aber sicher in Ordnung.

Herr Marc Jaisli: Zum Verständnis zu meiner vorherigen Aussage. Der Mitarbeiterausflug kann Fr. 10'000.-- kosten, dies spielt keine Rolle. Aber uns geht es darum, dass er als Arbeitszeit gilt. Ich glaube nicht, dass dies jemand anders so praktiziert. Ich unterstütze den Antrag von dir Joel, sofern uns der Gemeinderat die Waldhütte gratis zur Verfügung stellt.

Herr Martin Gysi: Ich möchte mich nicht aus der Affäre ziehen, ich müsste den Ausflug im nächsten Jahr organisieren. Ich habe gewisse Sympathien für den Antrag. Abschaffen würden wir den Ausflug aber nicht ganz, sondern etwas ganz Lokals machen oder bräteln, aber ohne Reise.

Antrag Joel Blunier

Konto 0110.3170.00 Ausflug Einwohnerrat

Streichung bzw. Verzicht auf den Einwohnerratsausflug 2016 im Umfang von Fr. 5'000.--.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 26 : 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Frau Franziska Lüscher: Ich getraue mich fast nicht, da wir nun so viel vom Sparen geredet haben, meinen **Antrag** zu stellen. Aber ich stelle ihn jetzt trotzdem. Im Namen der SP Buchs stelle ich den Antrag, den Gemeindebeitrag für das Kindernetzwerk für das Jahr 2016 um Fr. 30'000.-- auf total Fr. 190'000.-- zu erhöhen. Im Folgenden lege ich die Gründe für diesen Antrag dar: Die SP Buchs konnte sich anlässlich einer Führung durch die Villa Blau ein gutes Bild über die Kinderbetreuungsangebote vor Ort machen. Wir waren beeindruckt mit welcher Professionalität und Kreativität im Kindernetzwerk gearbeitet wird. Die Qualität dieser Arbeit deckt sich sehr gut mit einigen Zielsetzungen, die vom Gemeinderat für die Amtsperiode 2014 - 2017 formuliert worden sind, nämlich:

- gut ausgebildete Kinderbetreuungsangebote als wichtiger Beitrag zur Präventionsarbeit aller Art
- Chancengleichheit für alle, beginnend mit Frühförderung
- Ermöglichung von Vereinbarkeit von Familie und Beruf mit der Bereitstellung von familienergänzenden Betreuungsangeboten.

Alles Absichten, welche die SP Buchs unterstützt und sich dafür einsetzt. Das Kindernetzwerk ist eine erfreuliche und notwendige Einrichtung und garantiert ein Leuchtstern für die Gemeinde Buchs. Leider befindet sich die Kinderkrippe in einer finanziellen Notlage. Eine vorgesehene Tarifierhöhung könnte erst ab August 2016 greifen. Mit einer Erhöhung des Gemeindebeitrages, der notabene seit bald 10 Jahren plafoniert ist, obwohl das Betreuungsangebot stetig gewachsen ist und die momentane Nachfrage an Betreuungsplätzen sehr hoch ist, kann die drohende Unterfinanzierung erheblich gemildert werden. 150 Familien nehmen heute die Angebote des Kindernetzwerkes in Anspruch, Tendenz steigend. Auch die SP Buchs weiss, dass die Gemeinde sparen will und muss. Gerade in Zeiten der Ressourcenknappheit stellt sich die Frage nach der finanziellen Gewichtung in besonderer Weise. Wohin sollen die Gelder fliessen, was für eine Gemeinde wollen wir sein? Wir sind überzeugt, dass die Gemeinde Buchs mit diesem gut funktionierenden Betreuungsangebot wesentlich zur Attraktivität unserer Gemeinde beiträgt. Für viele junge Familien spielt es eine wesentliche Rolle, welche familienergänzenden Betreuungsangebote zu welchen Bedingungen in einer Gemeinde zur Verfügung stehen. Wir sollten also nicht auf die Unterstüt-

zung von zeitgemässen, nachhaltigen und sinnstiftenden Einrichtungen, welche kurz- und längerfristig positive Wirkungen auf eine Gemeinde haben werden, verzichten. Darum bitte ich den Rat eindringlich, dieser Erhöhung des Gemeindebeitrages zuzustimmen. Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

Frau Heidi Niedermann: Ich möchte den Antrag von Franziska im Namen der CVP sehr unterstützen. Ich war selber 8 Jahre lang im Vorstand des Kindernetzwerks. Wir haben anfänglich mit viel ehrenamtlicher Arbeit und Herzblut das Kindernetzwerk auf Vordermann gebracht. Ich bin überzeugt, dass das Kindernetzwerk Buchs mit der Villa Blau, dass nach meiner Meinung wirklich sehr professionell und gut geführt ist, ein ganz grosser Standortvorteil ist für die Gemeinde. Ich kenne einige junge Familien, die nur nach Buchs gekommen sind, weil sie gehört haben, dass es hier ein gutes Angebot an kinderbetreuenden Möglichkeiten gibt. Mir ist es ganz wichtig, dass man den heutigen Lebensgewohnheiten junger Familie Rechnung trägt. Ich empfehle den Antrag zu Annahme.

Herr Martin Gysi: Ich unterstütze den Antrag auch und möchte noch einige finanzielle Kennzahlen vortragen. Die Gemeinde Buchs subventioniert Krippen- und Hortplätze für finanziell schlechter gestellte Eltern in der Villa Blau, welche durch den Verein Kindernetzwerk Buchs betrieben wird. Gemäss dem heute gültigen Elternbeitragsreglement sollte die Gemeinde für 2016 insgesamt Fr. 275'000.-- für die subventionierten Plätze bezahlen. Seit 2006 ist der Budgetbetrag tatsächlich aber bei Fr. 160'000.-- plafoniert. Es besteht also eine grosse Differenz von Fr. 115'000.--. Bei der Eröffnung der Villa Blau vor 12 Jahren waren nur 60 % der Familien Vollzahler, heute sind es 75 - 80 %. Das Kindernetzwerk ist aber natürlich gewachsen und es gib auch mehr Familien, die Anspruch auf Subventionen gemäss dem Reglement haben. Das Budget 2016 sieht Ausgaben von insgesamt 1.362 Mio. Franken vor. Dem gegenüber stehen 1.11 Mio. Franken Einnahmen aus Elternbeiträgen, Fr. 15'000.-- vom Kanton und Fr. 20'000.-- vom Bund. Damit das Budget ausgeglichen ist, soll nun der Gemeindebeitrag um Fr. 30'000.-- auf Fr. 190'000.-- erhöht werden. Dieser Betrag ist für die Verbilligung von finanziell schlechter gestellten Familien vorgesehen. Dies ist eine gute Investition in die Zukunft, dass Kinder von finanziell schlecht gestellten Eltern integriert werden und dies hilft in anderen Sozialhilfebereichen Geld zu sparen.

Herr Hans Hartmann: Wenn ich dies von dir höre Martin Gysi, dann hab ich das Gefühl, wir leben in einem Drittweltland und die Familien gehen unter, wenn sie keine staatliche Betreuung mehr erhalten. Das war so schwarz gemalt. Ich denke, ich muss nun einen Kiosk eröffnen und verlange von der Gemeinde auch noch Unterstützung wenn es in der Bilanz nicht aufgeht. Ich habe gesagt, viele Sachen kann man privatisieren und sie laufen je nachdem besser. Aber ich gebe dir Recht, unter Umständen kann ein unterstützendes Programm sinnvoll sein. Aber dann möchte ich richtige Zahlen. Dann finde ich, habt ihr eine Bringschuld und nicht ich eine Holschuld. Dann möchte ich die Abrechnung sehen, mit Erfolgsrechnung und Bilanz. Nur weil es nicht schön aufgegangen ist, sollen wir Fr. 30'000.-- Zuschuss geben. Die ist mir zu einfach. Es nimmt mich wunder, weshalb Gemeinde dagegen ist.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Dies ist ein Betrag, den wir so "locker" gestrichen haben auf der vorgenannten Liste. Wir sind der Ansicht, dass dieses ungebremste Wachstum nicht einfach die öffentliche Hand tragen kann. Man muss die Beiträge anschauen, damit kostendeckend gewirtschaftet werden kann. In den heutigen Vollkosten sind Subventionen von Bund und Gemeinden einberechnet. Wenn man aber mit Vollkosten rechnet, dann fallen diese Beträge weg und die Elternbeiträge gehen massiv nach oben. Man muss einen Mittelweg suchen, damit dies einigermaßen finanzierbar ist. Wir haben nun die Notbremse gezogen. Wir haben gesagt, wir können diesen Betrag angesichts unserer Finanzlage nicht einfach ins Budget stelle. Wir sind bereit zum Gespräch mit Vertretern des Kindernetzwerks. Es wird eine Anpassung des Beitragsreglements brauchen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Alle Aussagen betreffend dem Kindernetzwerk können wir unterstützen. Das Kindernetzwerk ist eine gute Sache. Aber das Kindernetzwerk konnte, ganz vereinfacht gesagt, wegen den Subventionen wachsen. Die Subventionen erhält man dann, wenn man weiter wächst. Von den

örtlichen Begebenheiten her kann das Kindernetzwerk nicht weiter wachsen. Die Anschubsubventionen fallen weg und dies ist das Loch, das entsteht. Dieses Loch wird noch grösser werden in den nächsten zwei bis drei Jahren. Der zweite Punkt ist rein strukturell. Das Kindernetzwerk hat einen Oberbau, der nicht mehr genügt in dieser Grösse. Das Kindernetzwerk wird schon jetzt sehr gut betrieben und ich möchte dies überhaupt nicht schlecht machen, vermutlich braucht es aber eine Geschäftsleitung etc. Hier ist man am überlegen, wie man dies aufbauen will. Die Frage ist, muss dies die Gemeinde finanzieren und damit die Subventionen des Bundes übernehmen, denn darauf läuft es raus. Auch der Trägerverein, ursprünglich zwei Elterninstitutionen und die evangelische und katholische Kirchen, sowie Gemeinde und Schule. Schule und Kirchen sieht man nur an der Generalversammlung. Die beiden Elterninstitutionen sind weggefallen, die gibt es nicht mehr. Ich versuche möglichst an jeder Vorstandssitzung dabei zu sein und Support zu geben. Wir stehen hinter diesem Kindernetzwerk, aber es muss sich anders aufstellen. Es ist wichtig, ein Zeichen zu setzen. Einerseits für das Kindernetzwerk, andererseits für uns, denn in unserer Situation können wir nicht einfach jedes Jahr Fr. 30'000.-- bis Fr. 40'000.-- rauffahren und die Bundessubventionen ersetzen. Wenn man erweitern will, muss man investieren, bauen, mehr Raum schaffen. Die Nachfrage ist da und es wird gebraucht. Dann reden wir aber von ganz anderen Beträgen. Das Kindernetzwerk hat Überlegungen gemacht und ½ Mio. Franken ist nur der Anfang. Man muss über die Bücher und wir wollten anregen, sich Gedanken zu machen. Das Kindernetzwerk arbeitet sehr intensiv und gut. Es ist eine gute Institution, aber man muss die anders aufstellen. Wir haben gesagt, wir müssen ein Zeichen setzen, für beide Seiten.

Herr Marc Jaisli: Das Kindernetzwerk ist eine gute Sache. Ich als Nachbar sehe die Kinder spielen und habe Freude. Hat sich die Befürworterseite überlegt, da die Notlage erkannt ist, nur Fr. 10'000.-- zu sprechen? Mir ist klar, dass wir nicht nur Fr. 500.-- oder Fr. 1'000.-- sprechen können. Aber Anton Kleiber könnte diese Fr. 10'000.-- mitnehmen und sagen, diese seien vom Einwohnerrat und dafür gedacht, dass dort endlich etwas vorwärts geht. Ich glaube, wie ich gehört habe, dass sonst auch im nächsten Jahr nichts passiert. Es wäre schön, wenn man im nächsten Jahr nicht wieder die gleichen Probleme diskutieren würde sondern heute einen Weg in die richtige Richtung machen könnte. Habt ihr euch dazu Gedanken gemacht?

Frau Sonja Füllemann: Es ist mir wichtig und mir liegt daran, euch wissen zu lassen, dass ich die Institution Kindernetzwerk sehr unterstütze. Ich weiss sie ist sehr wertvoll und unterstützend für Familien, die im Berufsleben stehen und sie ist auch eine grosse Bereicherung für die Gemeinde Buchs. Trotzdem äusserer ich mich kritisch zu den geforderten Fr. 30'000.--. Das Kindernetzwerk hat offenbar zu Beginn ihrer Existenz Reserven, vorwiegend eben aus Bundessubventionen, bilden und Geld auf die Seite legen können. Nach einer gewissen Zeit, wurden offenbar rote Zahlen geschrieben und den Reserven Jahr für Jahr Geld entnommen und diese so abgebaut. Solange, bis die Reserven aufgebraucht waren. Wenn ich privat Ende Jahr mehr ausgegeben habe als ich verdient habe, kann ich, sofern vorhanden, von meinem Ersparten leben. Das kann ich vielleicht ein oder zwei Jahre so handhaben. Sollte das aber über mehrere Jahre passieren, muss ich mir überlegen: A entweder meine Ausgaben drosseln oder B meine Einnahmen erhöhen, indem ich zum Beispiel mehr arbeiten gehe oder eine zusätzliche Tätigkeit suche. So, dass mein Erspartes nicht vollends aufgebraucht wird. So sehe ich das auch beim Kindernetzwerk. Da wurde über Jahre von der Substanz gelebt. Es wurden Defizite geschrieben, aber auf der Einnahmenseite nichts verändert. Trotz Defiziten sind die Beiträge nach Aussagen vom Präsidenten des Kindernetzwerkes seit 10 Jahren nicht erhöht worden. Es wurden also nicht nur die Gemeindebeiträge 10 Jahre, sondern auch die Elternbeiträge 10 Jahre plafoniert. Da hätte man reagieren sollen. Ich unterstütze den Gedanken des Gemeinderats, dass hier bei dieser wichtigen und so grossen Institution neue, zeitgemässe Strukturen geschaffen werden sollen. So kann durchleuchtet werden, wo es fehlt und was fehlt. Wenn wir Fr. 30'000.-- sprechen, versuchen wir ein lodernes Feuer zu löschen. Der Brandherd ist aber nicht gefunden und ist nicht eliminiert. Also muss doch zuerst dieser Brandherd erkannt und gelöscht werden. Der Gemeinderat ist offenbar auch gewillt, dem Kindernetzwerk zu helfen und neu auszurichten. So sollte

ersichtlich werden, ich sage es nochmals, wo und was fehlt. Danach kann man auch allenfalls entsprechend helfen und das Netzwerk unterstützen.

Herr Martin Gysi: Heute gibt es effektiv eine Quersubventionierung von den vollzahlenden Eltern zu denen, die finanziell unterstützt subventioniert werden. Die Gemeinde zahlt nicht den vollen Beitrag an dem, was das Kindernetzwerk an Unterstützung gewährt. Für nächstes Jahr ist eine Erhöhung der Vollzahlerbeiträge um 8 % geplant. Für die meisten Familien, ist das, was sie an die Villa Blau zahlen, grösser als das, was sie an Steuern zahlen. Hier geht es um beträchtliche Beträge, die man quersubventioniert. Als Verein Kindernetzwerk muss ich mir dann schon die Frage stellen, wenn die Gemeinde nicht unterstützt, ob den Familien entsprechend Verbilligung gewährt werden soll. Und dies hätte die Konsequenz, dass diese Familien in der Warteliste weit nach hinten rutschen und die die voll zahlen, zuerst zum Zuge kommen. Dies ist der privatwirtschaftliche Ansatz, aber vielleicht auch nicht ganz korrekt.

Herr Dimitri Spiess: Der Bund hat immer wieder Anschubfinanzierungen getätigt und damit dem Kindernetzwerk geholfen, damit es investieren und das Angebot erweitern kann. Die Gemeinde hat den Beitrag nicht erhöht und wir haben alle profitiert. Immer mehr Familien und immer mehr Kinder konnten von der Arbeit, die dort professionell gemacht wird, profitieren. Nun ist es an uns, an der Gemeinde, in diese Lücke zu springen und zu sagen, dies ist es uns wert, Fr. 30'000.-- zu sprechen. Immer unter der Voraussetzung, dass man den Leuten, die dort arbeiten, den Rücken freihält, d. h. sie keine Stellen streichen müssen und sich nicht kurzfristig um Massnahmen kümmern müssen, sondern Zeit haben, neue Strukturen aufzubauen und sich neu zu organisieren und das Kindernetzwerk so auf bessere Füsse zu stellen.

Frau Doris Michel: Ich möchte ans Votum von Sonja Füllemann anschliessen. Ich bin deiner Meinung, dass man die Strukturen ansehen muss und Änderungen geschehen müssen. Aber auch das braucht Ressourcen. Von mir aus Fr. 30'000.-- sprechen mit dem Bewusstsein, Verbesserungen für die zukünftigen Jahre zu sprechen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Marc Jaisli hat noch gefragt betreffend eines Beitrags von Fr. 10'000.--. Mit Fr. 10'000.-- ist niemandem geholfen. Entweder alles oder nichts. Einen Auftrag kann der Einwohnerrat dem Kindernetzwerk sowieso nicht erteilen.

Antrag SP

Konto 5451.3636.00/01 Kindernetzwerk Villa Blau

Im Namen der SP Buchs stelle ich den Antrag den Gemeindebeitrag für das Kindernetzwerk für das Jahr 2016 um Fr. 30'000.-- auf total Fr. 190'000.-- zu erhöhen.

Abstimmung

Der Antrag wird mit 21 : 17 Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.

Herr Ueli Kohler: Ich habe keinen Antrag aber eine Frage zum Konto 6150.3151.00, Unterhalt Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Ersatz Schneepflug Fr. 33'000.--. Es steht geschrieben, dieser Schneepflug sei 30-jährig. Muss er deshalb ersetzt werden oder ist der Unterhalt so teuer? Und wenn ja, wieviel ist er gestiegen?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich habe diese Frage ebenfalls gestellt. In der Regel kann man solche Projekte nämlich 2 - 3 drei Jahre rausschieben. Werkmeister Matthias Keller hat mir jedoch erklärt, dass der grosse Schneepflug während der Saison definitiv kaputt gehen könnte. Dies hätte zur Folge, dass wir von heute auf morgen einen anderen teuer mieten müssen. Dieses Risiko können wir nicht tragen. Er ist in solch einem schlechten Zustand, dass das Risiko (zu) gross ist, dass er diesen Winter nicht überlebt. Wenn kein Schnee fällt, dann natürlich nicht. Aber dies wissen wir natürlich nicht.

Herr Ueli Kohler: Zu Konto 7710.3144.00. Fr. 15'000.-- für eine Beschallungsanlage in der Abdankungshalle. Wie viele Abdankungen haben wir dort und weshalb ist sie nötig?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Die Beschallungsanlage funktioniert nicht mehr richtig. Es ist eine Frage, ob man der Bevölkerung diese Qualität bieten will oder nicht. Ältere Leute, die nicht mehr so gut hören, sind wohl froh, wenn eine Lautsprecheranlage vorhanden ist. Nach Diskussionen hat der Gemeinderat beschlossen, die Beschallungsanlage zu erneuern. Wir hatten im letzten Jahr 74 Todesfälle. Die meisten Abdankungen in der Abdankungshalle.

Herr Ueli Kohler: So wie ich gehört habe, finden sehr wenige Abdankungen in der Abdankungshalle statt. Hier geben wir für wenige Leute viel Geld aus und beim Kindernetzwerk geben wir für viele Leute wenig Geld aus.

Herr Dieter Ruf: Löhne Betriebspersonal 7301.3010.00. Ich bin nicht dagegen. Aber es ist eine traurige Angelegenheit, dass wir Fr. 20'000.-- in die Finger nehmen müssen, um diese Ferkel, die alles nur hinschmeissen, im Griff zu haben. Dies ist in unserer Gesellschaft eine traurige Sache. Aber wir können nichts dagegen tun oder?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wenn wir der Meinung sind, dass wir den Betrag nicht bräuchten, dann hätten wir ihn nicht eingestellt. Wenn der Werkhof dauernd offen wäre, dann fände dort wieder unkontrolliert Abfallentsorgung statt. Nun hat man eine Frau im Stundenlohn angestellt. Diese bezahlen wir über die Eigenfinanzierung Abfallrechnung. Seitdem haben wir Ordnung. Wir haben das Angebot, dass wir jetzt am Samstagmorgen offen haben. Wenn wir nicht mit einer nebenamtlichen Person arbeiten, dann müssen wir wieder eigene Leute teuer bezahlen, die dort am Samstag hin stehen. Wir finden es ist eine gute Sache. Nun haben wir keine Sauerei mehr bei der Sammelstelle und zumindest dieses Problem ist gelöst.

Herr Ueli Kohler: 7900.3132.00. Für Honorare/Dienstleistungen sind Fr. 77'000.-- eingestellt. Wir haben gehört, dass die nicht gebundene Manipulationssumme sehr klein ist, etwas über eine Million. In anderen Budgetposten sind ebenfalls noch Gelder für Honorare eingestellt. Ist der Betrag von Fr. 77'000.-- für nicht gebundene Ausgaben? Für was geben wir Fr. 77'000.-- aus, wenn unser Spielraum doch sehr klein ist?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich kann dies nicht pauschal beantworten. Wir haben Beratungsdienstleistungen Ortsplaner/Experten. Wenn wir Bauvorhaben haben, dann müssen diese begutachtet werden und man muss jemanden beiziehen, dafür Fr. 10'000.--. Dieser Betrag wird nur gebraucht, wenn tatsächlich Bedarf besteht. Es geht nicht um Verwaltungsaufgaben, sondern um Aufgaben, die die Verwaltung nicht selber erledigen kann. Fr. 25'000.-- werden gebraucht für ein Raumentwicklungsprojekt. Wir sind daran wichtige Grundlagen zu erarbeiten für die Zukunft der Gemeinde. Wohin will die Gemeinde räumlich? Dies ist eine Grundlage für eine anstehende Zonenplanungsrevision. Diese Arbeiten laufen und werden Mitte des nächsten Jahres abschliessen. Verschiedene Leute aus euren Reihen sind im Begleitgremium. Vorbereitungsarbeiten für diese Zonenplanungsrevision von Fr. 5'000.--. Wir müssen aktuell wahrscheinlich einen Erschliessungsplan für einen Radweg machen, den wir nicht machen wollten, jetzt aber gezwungen sind, weil ein Dritter mit einem Bauvorhaben kommt und wir Stellung nehmen und unseren Verkehrsrichtplan umsetzen müssen. Vielleicht brauchen wir die Fr. 5'000.-- nicht ganz. Für verkehrsplanerische Abklärungen sind Fr. 15'000.-- eingestellt. Hier geht es um Verkehrsmonitoring (Verkehrszählungen). Weiter ist eine Reserve von Fr. 15'000.-- enthalten. So setzt sich dieser Betrag zusammen. Dies sind nicht gebunden Ausgaben. Man kann alles streichen, dann haben wir ernsthafte Probleme bei der täglichen Arbeit. Man kann nur die Reserve streichen, dann hat man Fr. 15'000.-- eingespart und es ist noch nichts passiert.

Herr Urs Füllemann: Wir haben noch IBAarau Aktien und müssen Wertberichtigungen von Fr. 150'000.-- vornehmen. Brauchen wir diese Aktien im Bestand noch oder könnten wir diese verkaufen?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Dies sind Aktien, die wir geschenkt bekommen haben. Diese sind in den Büchern und müssen per Ende Jahr mit dem aktuellen Steuerwert eingebucht werden. Es ist eine Sperrfrist vorhanden, bis wann wir sie nicht verkaufen dürfen. Der Ablauf der Sperrfrist haben wir jedoch momentan nicht im Kopf (Anmerkung der Protokollführerin: Die Sperrfrist gilt bis September 2017).

Herr Urs Füllemann: Es macht keinen Sinn, Aktien zu behalten und Wertberichtigungen zu tätigen, zumal die Finanzlage angespannt ist. Ich bitte um nachträgliche Informationen über das Datum der Sperrfrist.

Herr Ueli Kohler: Konto 9630.3439.60. Für die Umsetzung von Sanierungsprojekten hinsichtlich nachhaltigen Werterhalts werden Fr. 15'000.-- budgetiert. Um welche Objekte handelt es sich hier?

Frau Susanna Lehmann Sokac, Leiterin Bau Planung Umwelt: Wir haben in der FGPK gehört, dass wir alte Liegenschaften haben, die wir erwogen haben, abzustossen. Es gibt aber auch Gebäude, bei denen es zweckmässig ist, sie zu erhalten und nachhaltig zu sanieren. Für diese Häuser ist dieser Posten eingestellt. Es ist nichts konkret vorgesehen. Aber wenn Handlungsbedarf besteht, dann ist es nicht einfach so, dass man den Baumeister bestellen kann, sondern es braucht einen gewissen Planungsaufwand, damit es nachhaltig ist.

Herr Ueli Kohler: Um welche Objekte handelt es sich hier?

Frau Susanna Lehmann Sokac, Leiterin Bau Planung Umwelt: Ein Objekt ist der Fabrikweg 17 (Feuerwehrgebäude), ein anderes Objekt, was immer wieder zur Diskussion steht, ist der Spittel (ist aber Verwaltungsvermögen und wäre hier nicht enthalten). Substanz muss gepflegt und erhalten werden, damit Mieterträge im Wohntrakt weiter generieren werden können.

Herr Ueli Kohler: Gehe ich recht in der Annahme, dass es sich beim Fabrikweg 17 um das Feuerwehrgebäude handelt? Dies ist der Fall, gut dann haben wir dort separate Budgetposten.

INVESTITIONSRECHNUNG

Es wird keine Diskussion gewünscht.

Herr Dimitri Spiess: Ich stelle im Namen der SP-Fraktion folgenden **Antrag**. Der Steuerfuss für das Jahr 2016 ist neu auf 106 % festzulegen. Begründung dazu: Bei der geforderten Steuerfusserhöhung der SP Fraktion sind mir folgende Punkte wichtig. Ich will eine Gemeinde, die nachhaltig mit ihren Finanzen umgeht. Ich will keine Gemeinde, die regelmässig den Steuerfuss in kleinen Schritten erhöhen muss, sondern eine Gemeinde, welche mit einer weitsichtige Finanzpolitik für stabile Rahmenbedingungen sorgt. Ich will keine Gemeinde, welche ihre Aufgaben vernachlässigt und ständig in die Zukunft verschieben muss. Von einer nachhaltigen Finanzpolitik ist die Gemeinde Buchs in den letzten Jahren immer mehr weg gekommen. Die wirtschaftlich fetten Jahre, in welchen wir uns einen Steuerfuss von 97 % leisten konnten anstatt für schlechte Zeiten vorzusorgen, sind vorbei. Die Steuereinnahmen sind proportional zum Bevölkerungswachstum zu wenig gestiegen. Die Einnahmen von juristischen Personen sind in den letzten Jahren eingebrochen. Gleichzeitig benötigen die zusätzlichen Einwohnerinnen und Einwohner mehr Schulraum, Lehrpersonen, Strassen, Sozialhilfe, Kitaplätze, Gemeinde-Tageskarten und so weiter. Um unsere so wachsenden und die zusätzlich vom Kanton übernommenen gebundenen Ausgaben finanzieren zu

können, nehmen wir seit den letzten Jahren immer mehr Schulden auf. Die Konditionen sind heute unbestritten günstig aufgrund der Geldschwemme der Zentralbanken und Negativzinsen. Dennoch müssen wir die aufgenommenen Schulden eines Tages wieder zurückzahlen. Mit der aktuellen Steuerfusspolitik der Gemeinde häufen wir einen Schuldenberg an, welcher meine Generation eines Tages zu noch unbekannteren Konditionen zurückzahlen muss. Das dürfen wir nicht zulassen. Das ist das Gegenteil einer nachhaltigen Finanzpolitik wie ich sie verstehe. Die Gemeinde kann die laufenden Kosten nicht ohne Fremdkapital finanzieren. Sie budgetiert jährlich ein Defizit. Gleichzeitig wissen wir alle, dass uns die anstehenden Sanierungen der Primarschulhäuser Gysimatte und Risiacher Millionen kosten werden. Anstatt uns heute darauf vorzubereiten mit einem ausgeglichenen Budget und einem stetig erhöhten Selbstfinanzierungsgrad, treibt uns ein zu tiefer Steuerfuss noch weiter in die Schulden. Gemäss dem aktuellen Finanzplan verfünffacht sich die Nettoschuld pro Einwohnerin und Einwohner bis im Jahr 2019. Gemäss Finanzplan vom letzten Jahr hätten wir mit einem Steuerfuss von 105 % im Jahr 2018 einen Selbstfinanzierungsgrad von 54 %. Das Ziel ist gemäss Kanton 100 % und unter 10 % ist er im ungesunden Bereich. Der aktuelle Finanzplan rechnet im Jahr 2018 von einem Selbstfinanzierungsgrad von 13 %. Wenn ich die Zielsetzungen des Gemeinderats lese, dann lese ich auf Seite 16, ich zitiere, "ein ausreichender Selbstfinanzierungsgrad ist sicherzustellen". Dieses Jahr haben wir einen Selbstfinanzierungsgrad von 8 %, nächstes Jahr sind 18 % geplant und übernächstes Jahr sind es nur noch mickrige 8 %. Das liegt unter der vom Kanton als kritisch bezeichneten Marke von 10 %. Meine Damen und Herren, dies ist keine nachhaltige Finanzpolitik. So kann der Gemeinderat seine selber gesteckten Ziele nicht erreichen. Ich möchte keine Politik der kleinen Schritte. Ein bisschen polemisch ausgedrückt sage ich, ich will keine Salamtaktik. Wenn wir schleichweise den Steuerfuss um kleine Schritte erhöhen, führt dies bei langfristig planenden Wirtschaftsbetrieben und der Bevölkerung zu Unsicherheiten. Wie hoch ist der Steuerfuss jetzt genau? Wie viel steigt er dieses Jahr? Was sind denn die Erklärungen dafür in diesem Jahr? Wie lange geht das noch so weiter mit diesen Erhöhungen? In solche unangenehmen Situationen befördern wir uns, wenn wir nicht weitsichtig mit der nötigen Portion Mut unserer Bevölkerung heute erklären, weshalb wir für die kommenden und laufenden Investitionen dringend mehr Steuereinnahmen benötigen. Keine Vernachlässigung der Gemeindeaufgaben. Jetzt noch zum dritten wesentlichen Punkt in der Steuerfussfrage. Wenn wir dauernd aufgrund von finanziellen Engpässen Gebäude- und Strassensanierungen hinauszögern, kommt uns das zu einem späteren Zeitpunkt viel teurer zu stehen. Wenn wir dieses Jahr den Tanzplatz dieses Gemeindesaals nicht sanieren, dann kommt uns das in den kommenden Jahren nicht günstiger. Wenn wir Wasserrohre nicht laufend sanieren und unser Trinkwasser stattdessen durch die maroden Leitungen versickern lassen, kommt uns das wesentlich teurer als wenn wir für genügend Liquidität sorgen. Sorgen wir doch heute gemeinsam dafür, mit einer nachhaltigen Steuerfusserhöhung die laufenden und kommenden Ausgaben zu decken. Die Nachbargemeinden haben die finanzielle Grosswetterlage auch erkannt. Die Stadt Aarau erhöht den Steuerfuss um 6 %, die Gemeinde Suhr plant den Steuerfuss um 8 % zu erhöhen. Das entspricht einer nachhaltigen Finanzpolitik. Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, zeigt der Bevölkerung eure Weitsicht. Zeigt den Mut für die Aufgaben unserer Gemeinde gerade zu stehen. Zeigt den jüngeren Generationen, dass ihr ihnen keinen Schuldenberg überlassen wollt. Zeigt ihnen, dass wir unsere zukünftigen Steuereinnahmen für Gemeindeaufgaben und nicht für Schuldzinsen investieren wollen. Als Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind wir in der Pflicht voraus zu schauen und Vorlagen des Gemeinderats kritisch zu überprüfen. Deshalb helfe mit, den Steuerfuss auf 106 % zu erhöhen.

Herr Marc Jaisli: Ich stelle den gleichen **Antrag** wie in der FGPK. Ich beantrage, dass das Budget mit einem Steuerfuss von 100 % zu genehmigen sei.

Herr Ueli Kohler: Ich möchte eine Frage stellen an Dimitri oder an die SP-Fraktion. Es tönt so, als ob in der Vergangenheit alles falsch gemacht wurde. Ich attestierte dem Gemeinderat eine sehr gute Arbeit, gerade in der Finanzpolitik. Im Gegenteil, so wie ich es verfolgt habe, haben wir in der Vergangenheit Schulden abgebaut. Im Finanzplan und in den Budgets waren die Aussichten immer so, dass eine Erhöhung aufgebauscht wurde. Aber die Realität war anders. Es wurde gute Arbeit geleistet. Was wurde aus

eurer Sicht nicht gemacht, was man hätte machen sollen? Was ist denn nicht gut? Wir haben top Schulen, wir haben super Säle.

Herr Dimitri Spiess: Ich möchte der Gemeinde auch eine gute Arbeit attestieren. Mit meinen Worten wollte ich den Entscheid aus dem Jahr 2006, bei dem eine Stimme den Ausschlag zur Steuersenkung gab, anstatt Sanierungen und Investitionen regelmässig zu tätigen, ansprechen. Ich war an dieser Entscheidung nicht beteiligt. Aber wir neigen dazu, Dinge hinauszuzögern. Beispiel Tanzboden, Abwasserrohre dann sanieren, wenn Keller überlaufen, Einsparungen beim Kindernetzwerk etc.

Herr Marc Jaisli: Was wollte der Gemeindeammann noch sagen, bevor wir über die Anträge abstimmen?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir haben mit einem Steuerfuss von 102 % ein negatives Ergebnis von rund 1.14 Mio. Franken. In diesem Ergebnis sind keine Investitionen von Schulen drin, die wir heute nicht kennen oder keine genauen Zahlen haben. Man hat gesehen, es hat etwas zu tun mit den Aktiensteuern. Der Gemeinderat hat den Eindruck, dass wir in dieser Form nicht weiterarbeiten können, dass es nicht nachhaltig ist, wenn wir so weiterfahren. Wenn die Schulinvestitionen auf dem Tisch liegen, dann müssen wir vielleicht noch mehr erhöhen. Dann müssen wir temporär eine erhebliche Steuererhöhung machen. Mir persönlich ist auch nicht klar, wie man auf die Idee kommt, dass für die Gemeinde Buchs mit ihrer Ertragslage der Steuerfuss von 97 % der richtige Steuerfuss sei. Der mittlere Steuerfuss des Kantons beträgt 104 %. Wir sind nicht eine Gemeinde wie Aarau, die ein Vermögen von 240 Mio. Franken hat und einen Anlagefonds. Wir sind auch nicht eine Gemeinde wie Rheinfelden, die vom angesparten Haufen 30 Mio. Franken nehmen kann um eine Schulhaussanierung vorzunehmen. Sie haben 30 Mio. Franken cash. Dieses Geld ist vorhanden, es ist kein buchhalterischer Wert. Man muss diese Schule jetzt sanieren und man verschuldet sich deswegen nicht. Wenn wir dies machen müssen, dann haben wir 30 Mio. Franken Schulden. Es ist richtig, was Ueli Kohler gesagt hat, die Schulden des Gemeindegemeinschaftshauses hat man über viele Jahre auf 7 Mio. Franken abgebaut. Dies konnten wir dank der super Wirtschaftslage und den Zinsen, die dermassen tief sind. Aber irgendwann ändert dies auch wieder. Wir sind überzeugt, dass eine gute Finanzpolitik gemacht wurde, dank dem sind wir eigentlich so gesund. Aber es sieht einfach nicht mehr so aus. Deshalb ist es jetzt Zeit Gegensteuer zu geben. Sogar die Gemeinde Buchs hat eigene Beispiele. Wir haben Spezialfinanzierungen wie Wasser und Abwasser. Und dort hat man es immer so gehalten, dass man Geld zur Verfügung hatte. Stellt euch vor, wir hätten für die unter Traktandum 2 bewilligte Sanierung Schulden machen müssen. Die Diskussion, die dies gegeben hätte. Und es sind auch nur ein paar Buchser, die es betrifft und denen es die Keller füllt. Dank dem, dass wir das Geld angespart haben, können wir es jetzt sinnvoll einsetzen. Und wir machen es ja wirklich nicht auf die Halde. Dimitri hat die Werkleitungen erwähnt. Auch dort ist dies nicht der Fall. Wir machen unsere Hausaufgaben. Wir machen das, was wir müssen, nicht auf Vorrat. Wir sind darauf angewiesen, dass sie Schule uns die Zahlen liefert. Diese bekommen wir aber nicht, weil es wohl nicht ganz einfach ist, diese zu erheben. Und deshalb operieren wir auch nicht mit diesen Zahlen. Wir wollen die Gemeinde einfach nicht zu Boden fahren und schlussendlich Aarau bitten müssen, uns aufzunehmen, damit wir weiter existieren können. Wir wollen weiterhin eine selbstständige Gemeinde bleiben. Mit einem Raumentwicklungskonzept und einem finanzpolitischen weitsichtigen Konzept kommen wir zum Ziel. Deshalb bitte ich euch, dem Antrag des Gemeinderats zu folgen.

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

Antrag SP Buchs

Der Steuerfuss für das Jahr 2016 ist neu auf 106 % festzusetzen.

Antrag Marc Jaisli

Der Steuerfuss für das Jahr 2016 ist neu auf 100 % festzusetzen.

Abstimmungen

Gegenüberstellung des Antrags der SP Buchs

Der Steuerfuss sei auf 106 % zu erhöhen.

und des Antrags von Marc Jaisli

Der Steuerfuss sei auf 100 % zu erhöhen.

Der Antrag von Marc Jaisli obsiegt mit 24 : 8 Stimmen.

Gegenüberstellung des Antrags von Marc Jaisli

Der Steuerfuss sei auf 100 % zu erhöhen.

und des Antrags des Gemeinderats

Der Steuerfuss sei auf 102 % festzusetzen.

Der Antrag des Gemeinderats obsiegt mit 20 : 19 Stimmen.

Antrag

Das Budget 2016 sei zu genehmigen und der Steuerfuss auf 102 % festzusetzen.

Schlussabstimmung

Dem Antrag wird mit 21 : 17 Stimmen zugestimmt (1 Enthaltung). Dieser Beschluss unterliegt dem obligatorischen Referendum.

Postulat der EVP Buchs "Integration der Gemeindebibliothek in die Überbauung des Bärenplatzes" (wird vom Gemeinderat entgegengenommen)

Herr Joel Blunier, EVP Buchs, ergänzt die Begründung zum im Juni 2015 eingereichten Postulat der EVP wie folgt:

Ich habe keine Ergänzungen. Danke, dass der Gemeinderat dies entgegennehmen will. Könnte der Gemeinderat erläutern, weshalb er das Postulat entgegennimmt? Begründung?

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, die Integration der Gemeindebibliothek in die Überbauung des Bärenplatzes zu prüfen bzw. diese im Rahmen der Erarbeitung eines Vorprojekts in das Gesamtkonzept miteinzubeziehen.

Diskussion

Herr Hans Hartmann: Joel, du bist noch etwas früh. Wir wissen noch nicht, ob der Gemeinderat es entgegennimmt oder nicht. Dass man sich Gedanken machen kann ist legitim. Mein Problem ist der zweite Teil des Satzes "...diese im Rahmen eines Vorprojekts miteinzubeziehen". Das Problem ist, nicht wir machen dieses Projekt, sondern extern wird ein Bauprojekt gestaltet. Und jetzt legen wir dem Projektverfasser Fesseln an und sagen ihm, du musst dafür besorgt sein, dass ein Stock für die Bibliothek eingespart wird. Dies kann er tun, aber er verlangt dann Fr. 20'000.-- Miete im Monat. Ich finde, wir sorgen damit eher dafür, dass ein Investor abspringt, weil er sich sagt, dass er unter diesen Bedingungen, die er mitzubedenken hat, nicht bereit ist zu investieren. Ich finde die Formulierung nicht glücklich. Ich bin deshalb dagegen, dass man das Postulat so überweist.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Wir haben die Idee, dass man dies durchaus prüfen kann. Dann gibt es einen Bericht und ihr erhält eine Antwort. Ob es sich machen lässt oder nicht kann ich zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht sagen. Man kann Überlegungen anstellen und den jetzigen Standort der Bibliothek für Schulräume nutzen. Auf der anderen Seite würde ein Umzug Kosten generieren. Aber wir möchten dies prüfen.

Herr Beat Spiess: Ich habe eine formelle Frage zum Vorgehen bei einem Postulat. Es steht "Der Antrag wird vom Gemeinderat entgegengenommen". Meiner Meinung nach ist dies gar nicht das Thema. Wir, der Einwohnerrat, überweisen das Postulat oder lehnen es ab. Es interessiert eigentlich gar nicht, ob der Gemeinderat dieses annimmt oder nicht.

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

Abstimmung

Das Postulat wird mit 25 : 14 Stimmen überwiesen.

Beantwortung der Anfrage von Silvan Kaufmann, SP Buchs, betreffend Spittel durch Gemeindeammann Urs Affolter

Herr Silvan Kaufmann, SP Buchs, reichte an der Einwohnerratssitzung vom 23. Juni 2015 eine Anfrage ein.

Herr Gemeindeammann Urs Affolter gibt wie folgt Antwort:

1. *Was sind die Pläne der Gemeinde mit dem Spittel?*

Der Gemeinderat setzt sich schon seit längerer Zeit mit dem Spittel auseinander. Im Jahr 2003 wurde ein Architekturbüro beauftragt, vorskizzenmässig zu überprüfen, was es für Folgen hätte, wenn man im Spittel Wohnungen, Büros oder Kulturräume einbauen würde. Es gab durchaus interessante Ansätze. Minimalkosten für eine Sanierung jedoch 2 Mio. Franken. Nachdem wir keinen Nutzungsbedarf für die Gemeinde hatten, hat man das Ganze nicht weiterverfolgt. Dann hat die Ortsbürgergemeinde die Angelegenheit begutachtet und ein Projekt Wohnen im Alter, welches sie selber auf die Beine stellen wollten, im Zusammenhang mit dem Altersheim, geprüft. Sie haben jemanden beauftragt, die haben eine Studie gemacht und dies wurde auch wieder fallengelassen weil es zu teuer war und nicht gepasst hat. Seitdem hat man an diesem Haus nichts mehr weiter gemacht und wir haben heute auch keine konkrete Nutzungsidee. Wir haben keinen Bedarf, den wir abdecken müssen und der es rechtfertigen würde, dass wir euch einen Kreditantrag stellen.

2. *Ist geplant, den Spittel als Kulturraum zu nutzen?*

Nein, im Moment ist dies nicht geplant. Das Haus würde sich vielleicht eignen, aber jemand muss Investitionen vornehmen. Momentan ist das Haus eine Bruchbude und bei den oberen Geschossen besteht Einsturzgefahr. Dort darf niemand rein. Das Haus ist soweit gesichert, dass es nicht reinregnet und die bestehende Substanz keinen Schaden nimmt.

3. *Mit welchen Kosten rechnet die Gemeinde für den baulichen Unterhalt?*

Ein paar hundert Franken, wenn man Ziegel flicken muss. Ansonsten entstehen momentan keine Kosten.

4. *Mit welchen Kosten rechnet die Gemeinde für den Umbau für eine geeignete Nutzung?*

2 Mio. Franken aufwärts. Momentan ist der Spittel in der Zone für öffentliche Bauten und Anlagen. Man müsste es für eine private Nutzung umzonen. Von mir aus würde ich sagen, wir würden das Haus für einen Franken abgeben, wenn eine gescheite Nutzung vorgeschlagen würde. Dies sage ich von mir aus, dies hat der Gemeinderat aber nicht diskutiert. Irgendwann, wenn wir noch immer keine Nutzung haben, wird sich die Frage im Zusammenhang mit einer Zonenplanungsrevision stellen, ob wir das Haus abrechen.

5. *Steht der Spittel unter Heimatschutz?*

Ein Haus kann nicht unter Heimatschutz stehen. Entweder unter kommunalem Schutz oder unter Denkmalschutz. Es ist ein kommunales Schutzobjekt und damit kann man es heute nicht einfach abrechen. Damit bin ich wieder bei der Zonenplanungsrevision. Wenn man eine solche Idee schlussendlich hätte, dann müsstet ihr und die Bevölkerung beschliessen, dass man das Gebäude aus dem Schutz entlassen soll und erst dann könnte man es abrechen. Ein ähnlicher Fall sind Wuhren. Die Wuhren sollen aus dem Schutz entlassen werden um Kleinkraftwerke zu bauen.

Herr Marc Jaisli: Ich war heute Morgen beim Gysi-Bauer. Ist der Spittel an den Gysi-Bauer vermietet? Da bekommen wir doch einen Ertrag?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Der Gysi-Bauer hat die Scheune gemietet und stellt dort Maschinen ein. Dies bringt pro Jahr etwa Fr. 1'200.-- an Mietzinsen ein.

Es wird keine weitere Diskussion gewünscht.

Diese Anfrage ist damit beantwortet.

Eingänge**Postulat von Andreas Burgherr, EVP Buchs, betreffend Strategiepapier zum Aufgabe- und Finanzplan**

Herr Andreas Burgherr, EVP Buchs, reicht folgendes Postulat ein:

Postulat für ein Strategiepapier zum Aufgaben- und Finanzplan 2016 - 2019

Als Ergänzung zum Aufgaben und Finanzplan wird der Gemeinderat eingeladen eine (übersichtliche) Aufstellung von möglichen Szenarien, Strategien zu den Gemeindefinanzen über die nächsten Jahre zu erstellen. Dabei ist im Gesamtkontext anhand von Best-Case und Worst-Case Szenarien summarisch aufzuzeigen, wo unsere Gemeindefinanzen in den nächsten Jahren hinsteuern und was, je nach Szenario, nötig sein wird, um in ein paar Jahren wieder ein ausgeglichenes Budget zu erhalten.

Begründung

Der dem Einwohnerrat vorgelegte Aufgaben- und Finanzplan zeigt, dass trotz einer Steuererhöhung auf 102 % das Budget für die nächsten Jahre alles andere als ausgeglichen sein wird. Es ist aus diesem kein Trend abzuleiten, welcher ohne weiterführende Massnahmen in den kommenden Jahren zu einem ausgeglichenen Haushalt führen wird.

Demnach werden sich im Zeitraum 2015 - 2019 unsere Schulden um 26.7 Mio. Franken von heute 7.0 Mio. Franken auf 33.7 Mio. Franken mehr als vervierfachen. Selbst wenn der pauschale Investitionsbedarf die für Schulhäuser ab 2017 von jährlich 3 Mio. Franken einfach gestrichen würde, wird die notwendige Neuverschuldung in diesem Zeitraum immer noch um 17.7 Mio. Franken auf 24.7 Mio. Franken steigen.

Die vorgeschlagene Steuererhöhung auf 102 % bringt gemäss Budget Mehreinnahmen von jährlich rund Fr. 500'000.--. Dem gegenüber stehen Zinsverpflichtungen von aktuell rund Fr. 300'000.-- pro Jahr. In rund zwei Jahren sind die zusätzlichen Steuereinnahmen durch die ebenfalls steigenden Zinsbeträge bereits wieder egalisiert.

In nächster Zeit werden die nötigen Investitionen stark zunehmen. Daneben werden auch andere Kosten (wie für das Sozialwesen, weitere überwältzte Aufgaben von Seiten Kanton, etc.) ebenfalls weiter ansteigen.

Eine reine Diskussion um ein paar Prozente mehr oder weniger Steuerfuss oder ob im Budget da und dort ein paar tausend Franken gespart werden können, wird so der eigentlichen Problemstellung nicht gerecht. Für eine fundierte Entscheidung, was für die Finanzaufkunft der richtige Weg ist, fehlt eine "Roadmap".

Die EVP Fraktion wünscht sich daher zum vorliegenden Aufgaben- und Finanzplan vom Gemeinderat eine übersichtliche Aufstellung über das, wohin wir finanziell steuern. Auf einer solchen Basis können künftig die wichtigen Spar-, Ausgaben- und Einnahmendiskussionen durch den Einwohnerrat besser, zielorientiert und weniger bauchgefühlgesteuert geführt werden.

Damit ist das Postulat zur Kenntnis gebracht.

Eingänge**Anfrage von Rebecca Wetter, SP Buchs, betreffend Kulturkommission "Buchsbaum"**

Frau Rebecca Wetter, SP Buchs, reicht folgende Anfrage ein:

In den letzten Jahren wurde für die Kulturkommission "Buchsbaum" stets ein beträchtlicher Betrag budgetiert. Im Budget 2016 heisst es, dass dieser Beitrag für Anlässe im Rahmen eines neuen Konzepts dient. Ich möchte keine falschen Signale senden. Es geht nicht darum, dass im Budget 2017 diese Beträge wegfallen. Wir erachten die Kulturkommission als sehr wichtig. Dieses und letztes Jahr fanden aber nur wenige Veranstaltungen statt. Nun stellt sich die Frage, ob bei diesem Betrag nicht noch weitere Projekte möglich wären. Die SP Fraktion will deshalb wissen:

1. Womit beschäftigt sich die Kulturkommission zurzeit?
2. Gibt es ein Konzept?
3. An welche Anlässe denkt man bezüglich dieses Konzepts?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Mein Kollege Hansruedi Werder hat momentan einen Hustenanfall, deshalb beantworte ich diese Anfrage stellvertretend für ihn. Die Kulturkommission hat gearbeitet und hat ein Konzept erarbeitet und dieses dem Gemeinderat eingereicht. Der Gemeinderat hat diese Woche dieses Konzept bereinigt und retour gegeben an die Kulturkommission. Ziel ist es, dass dieses Konzept am 1. Januar 2016 in Kraft tritt. Die Idee ist, dass man als Kulturkommission nicht selber Events organisiert, sondern dass Veranstaltungen gesucht werden und eine Art Sponsoring aus diesen Beträgen macht. Der Veranstalter soll die Verantwortung, insbesondere die finanzielle Verantwortung für den Anlass, selber tragen. So will man Kulturanlässe nach Buchs bringen.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Eingänge**Anfrage von Dimitri Spiess, SP Buchs, betreffend Integrationskommission**

Herr Dimitri Spiess, SP Buchs, reicht folgende Anfrage ein:

Wird zur Beratung der neuen Zielsetzungen der Integrationskommission wie von Anton Kleiber an der letzten Einwohnerratssitzung vorgesehen eine überparteiliche Sitzung einberufen?

Wie sieht das weitere Vorgehen der Integrationskommission aus?

Ist der Austausch mit der Integrationskommission von Aarau und Suhr vorgesehen?

Welche Bevölkerungsgruppen werden für die Integrationsarbeit berücksichtigen?

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Grundsätzlich war es von mir aus gesehen ein Terminproblem. Wir haben versucht vor den Sommerferien einen Termin zu finden und dies war zu kurzfristig. Seit den Sommerferien bis heute waren wir mit so vielen Fragen beschäftigt, ich fand schlichtweg keine Termine und ich möchte gerne dabei sein. Ich werde nun eine Terminumfrage starten und hoffe, dass wir uns noch in diesem Jahr zu einer Sitzung treffen können. Dort werden all diese Fragen dann geklärt. Wie ist die Ausrichtung? Wen will man ansprechen? Dies sind Fragestellungen, die man mit euch diskutieren will.

Wir hatten mit dem letztjährigen Budget, in welchem uns aber der Kredit gestrichen wurde, vorgesehen, eine Zusammenarbeit mit Suhr ins Auge zu fassen. Es braucht ein wenig Geld, wenn man gewisse Grundlagenarbeiten machen will, um danach auch Projekte aufzugleisen, die sinnvoll sind für unsere Situation. Suhr ist in einer ähnlichen Situation. Hier waren wir im Gespräch, diese wurden aber abgebrochen, weil wir uns aufgrund des letztjährigen Budgetentscheids neu orientieren mussten. Dort lief logischerweise noch nicht sehr viel. Aber auch hier werden wir den Faden wieder aufnehmen.

Damit ist die Anfrage beantwortet.

Traktandum 8

Verschiedenes

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Am 11. November 2015 führt der Gemeinderat eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung durch, zu der natürlich auch die Einwohnerratsmitglieder herzlich eingeladen sind. Es wird über folgende Geschäfte informiert: Zukunftsraum, Steuererhöhung, Raumentwicklungskonzept, Schule. Beginn um 19.00 Uhr. Wo die Veranstaltung stattfindet, ist noch nicht klar.

Herr Hans Hartmann: Wir von der SVP haben dem Gemeinderat zum Thema Zeltlager und Asylbewerber eine Anfrage gestellt. Wir haben eine sehr professionelle Antwort erhalten. Ich möchte der Bauverwaltung, dem Gemeindeammann und der Gemeindeschreiberin herzlich danken. Dies war eine Top-Arbeit. So sind wir uns dies gewöhnt. Herzlichen Dank dafür.

Frau Sonja Fülleman: Auf vielseitigen Wunsch haben wir die Sitzordnung geändert. Für mich ist es zu überlegen, nochmals eine andere Sitzordnung zu beschliessen. Die Auszählungen heute, die mehrmals wiederholt werden mussten, haben gezeigt, dass es durchaus nochmals zu überlegen wäre, eine andere Sitzordnung zu prüfen.

Herr Gemeinderat Anton Kleiber: Ich wurde auf die Situation in der Schule angesprochen und möchte etwas dazu sagen. Wir sind im Moment in einer Phase, wo wir von der Steuerungsgruppe gewisse Projekte, teilweise an externe Fachleute, in Auftrag gegeben haben. Wir warten auf die Antworten. Deshalb hört man im Moment nicht so viel. Wir werden jedoch nächste Woche eine Sitzung haben, wo wir die ersten Antworten erhalten. Sobald wir diese haben, werden wir sie sortieren und dann kommen sie in die politischen Resonanzen, d. h. in die Gremien, in welchen auch Leute aus euren Kreisen dazu Stellung nehmen können. Es wird intensiv gearbeitet. Wir können keine konkreten Beschlüsse mitteilen. Mit einem Top-Projektleiter, der Gas gibt, sind wir aber alle gefordert. Dies ist auch richtig so. Wir müssen vorwärts machen mit der Schule. Wir sind jedoch im Zeitplan. Ich hoffe, dass ich am 11. November 2015 mehr sagen kann.

Frau Heidi Niedermann: Wir haben an der Juni-Sitzung über die Gestaltung des Bärenplatzes diskutiert. Wie ist nun der Stand des Projekts und wie ist der Stand betreffend Gestaltung des Platzes? Wird der Bärenplatz an der Dezembersitzung traktandiert?

Herr Gemeindeammann Urs Affolter: Ich habe gesagt, Zielsetzung ist es, dieses Projekt in Dezember zu traktandieren. Ich weiss nicht, ob wir dieses Ziel erreichen. Ich vermute eher, dass es Frühling wird. Eine Platzgestaltung gibt es noch gar nicht. Ihr habt heute Abend den Kredit bewilligt, sofern wir mit dem Investor einig werden. Wenn der Investor beginnt sein Haus zu planen, dann können wir beginnen den Platz zu planen. Wir haben bisher noch kein Geld ausgegeben für irgendwelche Planungen. Momentan ist die Projektstudie beim Kanton hängig, denn dieser muss entscheiden, ob er mit den Einfahrten einverstanden ist. Wir können mit einem Investor nicht in Verhandlungen treten, wenn wir nicht wissen, ob das Projekt überhaupt so realisiert werden kann. Dort erwarten wir eine Antwort. Auf der anderen Seite haben wir eine neutrale Schätzung in Auftrag geben. Diese soll in den nächsten Wochen eintreffen. Denn wenn wir über den Preis verhandeln wollen, dann muss dieser fundiert abgestützt sein. Sobald es weitergeht und wir euch etwas zeigen oder wir Leute miteinbeziehen können, werden wir dies tun.

Herr Vize-Gemeindeammann Hansruedi Werder: Am Freitag ist Feuerwehrhauptübung. Sie ist im Spittel. Ihr seid herzlich eingeladen.

Informationen von Herrn Präsident Urs Zbinden:

Die Feuerwehrhauptübung findet um 19.00 Uhr statt. Es wäre eine grosse Wertschätzung, wenn der Einwohnerrat, möglichst vollzählig, anwesend wäre und sich informiert, was die Feuerwehrleute überhaupt machen. Im Dienste unserer Sicherheit setzen diese Leute ihre Freizeit für die Feuerwehr ein. Und ich finde, dies sollte man mit Anwesenheit wertschätzen.

An der Dezember-Sitzung finden die Wahlen des Büros des Einwohnerrats statt. Nebst Präsident und Stimmenzähler muss der neue Vizepräsident gewählt werden. Gemäss Turnusplan wäre eine grössere Partei an der Reihe, den Vizepräsidenten zu stellen, und zwar die SP. Ich bitte die Parteien, sich über Wahlvorschläge Gedanken zu machen.

Dank

Der Präsident dankt Sonja Büchli für die Mithilfe bei der Organisation des Einwohnerratsausflugs.

Der Präsident dankt Debora Strub, Armin Meier, dem Polizisten Rolf Frei sowie den Lernenden Yannick Müller und Alessia Garani, die für das Gelingen der Sitzung verantwortlich waren.

5033 Buchs AG, 21. Oktober 2015

Einwohnerrat Buchs AG

Der Präsident

Die Protokollführerin

Urs Zbinden

Sonja Büchli